

Niederschrift **über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 27.04.2017
Sitzungsbeginn:	18:37 Uhr
Sitzungsende:	21:00 Uhr
Ort, Raum:	im großen Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Als Vorsitzender:

Redelberger, Thomas Bürgermeister

Ratsmitglieder:

Bernauer, Mark	CDU
Blanckenhorn, Dirk	Bündnis 90/Die Grünen bis 19:47 Uhr / TOP 3
Bruckmann, Karlheinz	UBH
Feld, Christoph	SPD
Feld, Klara	FDP
Flöhl, Rüdiger	NÖL
Glock, Klaus	CDU
Hill, Hans-Kurt	Die Linke
Hubig, Ute	CDU
Kopp, Pascal	FDP
Krebs, Ulrich	FDP
Maas, Helmut	CDU
Meisberger, Patrik	CDU
Michaelis, Friedrich	CDU
Müller, Rainer	SPD
Näckel, Christina	CDU
PAUL, Michael	CDU
Pörtner, Holger	SPD
Reimann, Peter Dr.	SPD
Sauer, Stephen	SPD
Schäfer, Kerstin	SPD
Schmidt, Manfred	CDU
Schmidt, Stefan	SPD
Schuler, Adrian	UBH
Schwindling, Jörg	CDU
Trappmann, Claudia	SPD
Wark, Roland	UBH
Woll, Peter	CDU
Zeiger, Armin	CDU
Zimmer, Reiner	SPD

Von der Verwaltung:

Di Napoli, Tanina
Flätgen, Hans Günter

Da keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung vorliegen, lässt der Vorsitzende über den Änderungswunsch der Verwaltung abstimmen.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat beschließt, die Drucksache BV/0008/17 im öffentlichen Teil als TOP 4.2 zu beraten.

Der Vorsitzende merkt an, dass für die Aufnahme des SPD-Antrages in die Tagesordnung eine 2/3 Mehrheit erforderlich sei.

Beschluss mit 9 Ja-Stimmen (SPD) und 20 Nein-Stimmen (12 CDU/ 1 Grüne/ 1 NÖL/ 1 Linke/ 2 UBH/ 3 FDP) bei 1 Stimmenthaltung (UBH):

„Der Gemeinderat beschließt kein Klageverfahren gegen den Regionalverband wegen der Regionalverbandsumlage zu führen. Daher werden auch keine finanziellen Rücklagen in den Haushalt 2017/2018 eingestellt.“

Somit ist der SPD-Antrag abgelehnt.

Der Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Einstimmiger Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nachfolgend aufgeführte Tagesordnung:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 15.03.2017 (öffentlicher Teil)
- 2 Bekanntmachung der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 15.03.2017
- 3 Doppelhaushalt 2017/2018
Vorlage: BV/0133/16
- 4 Grundstücksangelegenheiten
- 4.1 Änderung des Bebauungsplanes aufgrund der Anpassung des Baufensters in der Straße Jung's Wies im Ortsteil Heusweiler
Vorlage: BV/0023/17
- 4.2 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes "Verlängerte Sprenger Straße"
Vorlage: BV/0008/17
- 5 Sanierung der Niederspannungsleitungen in gemeindeeigenen Hallen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes

Vorlage: BV/0024/17

- 6 Neuwahl der/des Schiedsfrau/mann für den Schiedsbezirk Kutzhof
Vorlage: BV/0018/17
- 7 Mitteilungen und Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 8 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 15.03.2017
(nichtöffentlicher Teil)
- 9 Grundstücksangelegenheiten
- 9.1 Verkauf eines gemeindeeigenen Baugrundstückes im Bereich "Jungs Wies"
Vorlage: BV/0020/17
- 9.2 Interessenbekundungsverfahren ehem. Schwimmbadgelände Heusweiler
Vorlage: BV/0026/17
- 10 Mitteilungen und Verschiedenes

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 15.03.2017 (öffentlicher Teil)**

Einstimmiger Beschluss bei 1 Stimmenthaltung (SPD):

„Die Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 15.03.2017 (öffentlicher Teil) wird in der vorliegenden Fassung angenommen.“

- zu 2 Bekanntmachung der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 15.03.2017**

Der Vorsitzende verliest den nachfolgenden Beschluss aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 15.03.2017:

Der Gemeinderat beschließt, dass kein Zuschlag an einen der beiden Investoren erfolgt und beauftragt zunächst die Verwaltung, ein freiwilliges Interessenbekundungsverfahren für das ehemalige Schwimmbadgelände durchzuführen. Beide Investoren werden aber eingeladen, am Interessenbekundungsverfahren teilzunehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten einer eigenen Bearbeitung (z. B. Projektgesellschaft) zu prüfen.

zu 3

Doppelhaushalt 2017/2018

Vorlage: BV/0133/16

Stellungnahme des Bürgermeisters zum Doppelhaushalt 2017/2018:

„Ich möchte kurz auf die Chronologie eingehen, wie die Beratungen verlaufen sind. Der Anstoß zu den Haushaltsberatungen 2017/2018 fand in der Sitzung des Gemeinderates am 29.09.2016 statt. In meiner Eröffnungsrede empfahl ich damals, den Fokus für die anstehende Haushaltsberatung zunächst auf das Investitionsprogramm für die kommenden Jahre zu richten. Nach Abstimmung der Kommunalaufsicht dieses Programms sollte dann im Anschluss die Beratung des Ergebnishaushaltes erfolgen. Auch erfolgte damals meinerseits der Hinweis, dass es gelte ab dem Jahr 2017 neue Sanierungsvorgaben zu beachten, die sich nicht nur wie bisher auf den Finanzhaushalt, sondern auf den Ergebnishaushalt konzentrierten. Die Verwaltung hatte zu dieser Sitzung den Entwurf eines Investitionsprogrammes eingebracht, der für das Jahr 2017 eine Deckungslücke von rd. 3 Mio. € vorsah. Berücksichtigung fanden im damaligen Entwurf die Fortführung des Neubaus einer Feuerwehrehauptwache im Ortsteil Heuweiler mit einem Saldo von 1,2 Mio. € der Umbau des St.Barbara-Ensembles und des Kindergartens Kutzhof mit einem Saldo von 956.000 € sowie die weitere Umsetzung des Hochwasserschutzkonzeptes mit rd. 127.000 €. Daneben wurden auch weitere neue Maßnahmen in den Entwurf eingearbeitet, wie die dringenden Investitionsmaßnahmen auf den Friedhöfen mit einem Saldo von rd. 225.000 €, der notwendige Ersatz von Fahrzeugen auf dem Baubetriebshof mit rd. 197.000 € bzw. die Anschaffung von Ausstattungsgegenständen für die freiwilligen Feuerwehren mit rd. 100.000 €. Die genannte Deckungslücke hätte natürlich nur mit Aufnahme von Investitionskrediten geschlossen werden können. Allerdings hatte die Kommunalaufsicht bereits Anfang 2016 darauf hingewiesen, dass die Gemeinde in den Jahren 2018/2019 keine weiteren zusätzlichen Kreditaufnahmen planen dürfe. Unter dieser Prämisse wurde uns der erhöhte Aufwand für die Feuerwehr genehmigt. Dieser Prämisse ist die Verwaltung bei der Aufstellung ihres Entwurfes zum Investitionsprogrammes 2017/2018 auch gefolgt. Der Entwurf sah für das Jahr 2018 zunächst einen Überschuss von rd. 1,1 Mio. € und für das Jahr 2019 immerhin noch in Höhe von rd. 30.000 € vor. Die Jahre 2020 und 2021 hingegen sind nur mit einer Deckungslücke von rd. 580.000 € bzw. 520.000 € geplant. All das bewegte sich dennoch im Rahmen der genehmigungsfähigen Höchstgrenzen für die Neuaufnahme von Investitionskrediten. Der Personal- und Finanzausschuss hat dann in seiner Sitzung am 07.11.2016 erstmals und ein weiteres Mal am 21.11.2016 über den Entwurf der Verwaltung beraten und sich insbesondere dafür entschieden, dass die zuvor geplante Veräußerung der Kulturhalle Heusweiler und die damit geplanten Einzahlungen in Höhe von 1 Mio. € im Jahr 2018 wieder zurückgenommen werden. Mit einer dazu von der Verwaltung ausgearbeiteten Variante ging man in das bereits terminierte Abstimmungsgespräch mit der Kommunalaufsicht am 28.11.2016, welches letztlich aus Sicht der Gemeinde sehr positiv verlief, da die Kommunalaufsicht dem entsprechenden Entwurf zum Investitionsprogramm mit den darin dargestellten Kreditaufnahmen zugestimmt und den darauf basierenden Entwurf der Verwaltung zum Ergebnishaushalt ebenfalls als genehmigungsfähig angesehen hat. Daraufhin starteten wir am 12.12.2016 die Beratungen des Personal- und Finanzausschusses zum Ergebnishaushalt und setzten diese dann am 16.01.2017 sowie am 06.03.2017 fort. Da der Gemeinde zwischenzeitlich bekannt

geworden war, dass sie im Rahmen ihrer gesetzlichen Verpflichtungen unter anderem einen Zuschuss zu einer geplanten umfangreichen Sanierungsmaßnahme in einem konfessionellen Kindergarten würde gewähren müssen, wurde das Investitionsprogramm 2017/2018 entsprechend angepasst. Auch fanden verschiedene Änderungen Berücksichtigung, die sich zwischenzeitlich ergeben hatten. Aufgrund von weiterem Beratungsbedarf innerhalb der Fraktionen konnte eine, zunächst für den 15.03.2017 ins Auge gefasste, Beschlussfassung des Haushaltes noch nicht erfolgen. Nach weiteren Beratungen im April liegt dem Gemeinderat nun neben der Haushaltssatzung ein Investitionsprogramm 2017/2018 vor, das folgende Investitionssalden ausweist:

2017	-	2.945.000 €
2018	+	3.000 €
2019	+	20.000 €
2020	-	590.000 €
2021	-	517.000 €.

Der Ergebnishaushalt 2017/2018 weist folgende Jahresergebnisse aus:

2017	-	2,6 Mio. €
2018	-	2,95 Mio. €
2019	-	2,4 Mio. €
2020	-	1,3 Mio. €
2021		knapp unter 1 Mio. € Defizit

Der Haushaltssanierungsplan 2017/2018 dient dem Ausgleich des Ergebnishaushaltes ab dem Jahr 2017 unter Berücksichtigung einer sogenannten Normalentwicklung. Das strukturelle Ausgangsdefizit im Ergebnishaushalt wurde von der Kommunalaufsicht ursprünglich einmal ermittelt und betrug 1,8 Mio. € - davon ausgehend die 10 % die man damals errechnet habe, war das jährliche Defizit um 180.000 € zu verringern. Wenn die Obergrenze, also das maximale Jahresdefizit, im Jahr 2017 noch bei 1,268 Mio. € liegt, so beträgt es für das Jahr 2021 nur noch -543.000 €. Dies reduziert sich schon sehr stark. Ausgehend von der Normalentwicklung ergeben sich damit folgende strukturelle Jahresergebnisse:

2017	-	682.000 €
2018	-	615.000 €
2019	+	10.000 €
2020	+	1.079.000 €

Stellt man die Obergrenzen des jeweiligen Jahres dagegen, zeigt sich, dass der aktuelle Entwurf des Ergebnishaushaltes die Sanierungsvorgaben in allen Jahren erfüllt. Hierbei ist allerdings wichtig und zu beachten, dass die Normalentwicklung Ende 2017 für das Jahr 2018 fortgeschrieben wird. Auch in den nachfolgenden Jahren ist dies so. Zur Einhaltung der dann geltenden Sanierungsvorgaben könnte der Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2018 erforderlich werden. Aus Sicht der Verwaltung stehen heute aufgrund weniger aktueller Änderungen leider noch ein paar wenige Punkte für die heutige Beratung an. Es hat heute auch eine Vorlage gegeben, da werde ich im Nachgang an die Reden der Fraktionen Frau Mack das Wort erteilen. Vielen Dank!“

Im Anschluss an die Ausführungen des Vorsitzenden äußert sich Herr Manfred Schmidt für die CDU-Fraktion zum Doppelhaushalt 2017/2018:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Ratskolleginnen und Kollegen, liebe Besucher,

der heute zu beschließende Haushalt stellt die Grundlage des politischen Handelns für die Jahre 2017/2018 dar und stellt damit die Weichen für diesen Zeitraum. In etlichen Sitzungen des Personal- und Finanzausschusses wurde der Gesamthaushalt und seine Teilhaushalte vorberaten. In der Sitzung des Gemeinderates vom 29.09.2016, der Bürgermeister hat es erwähnt, wurde der Haushaltsentwurf in den Grundzügen vorgestellt. Auf Grundlage des Entwurfes wurde danach der Gesamthaushalt und seine Teilhaushalte in mehreren Sitzungen des Personal- und Finanzausschusses vorberaten. Zu guter Letzt haben sich die beiden großen Fraktionen nochmals zusammengesetzt und in intensiven Gesprächen einige Änderungsanträge erarbeitet, die wir heute hier einbringen werden. Vorher möchte ich einen Blick zurückwerfen. Der zurückliegende Doppelhaushalt hat ein großes Investitionsprogramm enthalten. Ich habe damals bei der Verabschiedung des Haushaltes 2015/2016 von einem Investitionspaket in die Zukunft unserer Gemeinde gesprochen und das war es auch in der Tat. Es war absolut richtig zu beschließen, Gelder zielgerichtet in Maßnahmen unserer Ortsteile zu investieren. Der Schwerpunkt lag dabei in Investitionsmaßnahmen für unsere Heusweiler Feuerwehren. Es war wichtig, dies damals zu tun, denn wir alle wissen, Gelder einzustellen bedeutet noch lange nicht, dass die Maßnahme auch sofort umgesetzt werden kann. Jede einzelne Maßnahme bedarf der genauen Planung und der Gemeinderat muss jedes einzelne Vorhaben nochmals beschließen. Außerdem redet in der Regel der Zuschussgeber beim Land auch noch ein Wörtchen mit. Das alles kostet Zeit und die müssen wir auch der Verwaltung geben, um die Vorhaben ordentlich umsetzen zu können. Ein weiteres Investitionsfeuerwerk war daher für den jetzt vorliegenden Haushalt auch nicht zu erwarten. Allerdings, und das will ich auch gar nicht verhehlen, ist auch die Defizitobergrenze ein zusätzliches Hindernis für zusätzliche Investitionsmaßnahmen. Ich komme wieder zurück zum Haushalt 2017/2018 und den konkreten Zahlen. Auf Grundlage der zu erwartenden Erträge und Einzahlungen sowie Aufwendungen und Auszahlungen ist der Haushaltsplan für das jeweilige Jahr des Doppelhaushaltes aufgestellt worden. Bereits bei der Aufstellung des letzten Doppelhaushaltes wurde im Hinblick auf den Haushaltssanierungsplan eine Verfahrensumstellung vorgenommen. Da wir in Heusweiler den zahlungsbezogenen Haushaltsausgleich mittlerweile erreicht haben, ist der Ausgleich des Ergebnishaushaltes bis 2024 zu erreichen. Ausgehend von einem strukturellen Defizit im Jahre 2014 von rd. 1,81 Mio. € und dem vorgegebenen Ziel, das Defizit bis 2024 auf Null zu bringen, ergibt sich eine jährliche Reduzierung der Obergrenze um 181.000 €. Für 2017 liegt die Obergrenze bei 1,268 Mio. € und für 2018 bei 1,087 Mio. €. Auf der Einnahmenseite sind neben den kommunalen Gebühren und Beiträgen die Grund- und Gewerbesteuer die Einnahmen, die wir in eigener Verantwortung erheben und auch verändern können. Bei der Beschließung einer Satzung für die Realsteuern wurden im Jahre 2015 die Hebesätze der Grundsteuer A und B neu festgesetzt. Die CDU-Fraktion will diese Sätze für die Grundsteuer A und B sowie die Gewerbesteuer für die beiden Haushaltsjahre auf dem jetzigen Niveau belassen. Bei den Auszahlungen sticht wieder einmal unser aller Lieblingsposten, die Regionalverbandsumlage hervor. Im Jahr 2017 gibt es gegenüber 2016 einen drastischen Anstieg in Höhe von rd. 950.000 €. Im Jahr 2018 geht es dann weiter mit einem erneuten Anstieg in Höhe von 550.000 €. In zwei Jahren haben wir

demnach eine Steigerung von 1,5 Mio. € zu verzeichnen. Der Anteil der Regionalverbandsumlage an den Auszahlungen beträgt für die beiden Jahre 2017 und 2018 abenteuerliche 41,6 % bzw. 42,3 %. Es wird also nicht mehr lange dauern und die Hälfte unserer Auszahlungen geht an den Regionalverband. Etwas Entwarnung bei den Auszahlungen gibt es im Bereich der Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude, da nach den hohen Auszahlungen in den Jahren 2015 und 2016 für die Herrichtung von Gemeindeimmobilien zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern sich eine Entspannung der Zuwanderungen abzeichnet. Der starke Anstieg der bilanziellen Abschreibungen im Ergebnishaushalt ist in erster Linie auf die beiden Großprojekte (Feuerwehrhauptwache Heusweiler und St. Barbara-Ensemble in Kutzhof) zurückzuführen. Das ausgewiesene ordentliche Jahresergebnis im Entwurf des Gesamtergebnishaushalts schließt im Jahr 2017 mit einem Fehlbetrag in Höhe von rd. 2,5 Mio. € und im Jahr 2018 mit einem Fehlbetrag in Höhe von rd. 2,8 Mio. € ab. Bei den Gesprächen von SPD und CDU haben wir den kompletten Ergebnishaushalt durchgearbeitet und dabei auch einige Dinge diskutiert, die wir letztendlich auch im Haushalt wiederfinden wollen. Ich komme daher nun zu den Anträgen der beiden Fraktionen CDU und SPD zum Ergebnishaushalt:

1. Ortschaftsbudget
Erhöhung des Pauschbetrages um jeweils 100 € auf 1.600 €, Erhöhung des Kopfbetrages um 0,05 € auf 1,10 € je Einwohner. Das ergibt eine Mehrbelastung von insgesamt 1.673 € jährlich. Die Erhöhungen bewegen sich zwischen 133 € für Obersalbach und 469 € für Heusweiler.
2. Monatspauschale
Die Monatspauschale der Gemeinderatsmitglieder wird um 10 € auf 60 € erhöht. Die Mitglieder des Heusweiler Gemeinderates erhalten eine monatliche Pauschale für Aufwendungen in Höhe von 50 € bzw. früher von 100 DM. Diese Pauschale wird seit Jahrzehnten unverändert gezahlt. Die Erhöhung führt zu einem jährlichen Mehraufwand in Höhe von 3.960 €.
3. Einführung einer Aufwandsentschädigung für die Prüfer des Jahresabschlusses
Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses, die mit der Prüfung des Abschlusses beauftragt werden, erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 75 €. Die Zahlung erfolgt jedoch nur, bei rechtzeitiger Vorlage eines ausführlichen Prüfberichtes. Für die in den letzten Jahren tätig gewordenen Prüfer wird der Mehraufwand pro Jahr mit 375 € beziffert. Die Kollegen aus dem Rat, die in jedem Jahr die Prüfungen vornehmen leisten nicht nur eine aufwendige und zeitraubende Arbeit, sie sorgen auch dafür, dass gegenüber einer Prüfung durch ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen eine ordentliche Summe eingespart wird. Aus diesem Grund erscheint die kleine Aufwandsentschädigung mehr als gerechtfertigt.
4. Einführung von Sitzungsgeldern für Projektgruppenmitglieder
Im entsprechenden Ausschuss bzw. Gemeinderat benannte Vertreter oder Vertreterinnen der Fraktionen sowie Einzelmitglieder, die keiner Fraktion angehören erhalten für die Teilnahme an Arbeits- und Projektgruppen ein Sitzungsgeld in Höhe von 15 € pro Sitzung. Im Jahr 2016 fanden sechs Sitzungen einer Projektgruppe statt. Davon ausgehend und bei sieben benannten Vertreterinnen oder Vertretern beläuft sich der Mehraufwand

- auf 630 €.
5. Musikalische Frühförderung in den Grundschulen
Der Verein „Aktion Kultur Heusweiler“ erhält in den Jahren 2017 und 2018 einen Zuschuss im Rahmen einer Projektförderung für die musikalische Frühförderung in den Heusweiler Grundschulen in Höhe von 2.000 € pro Jahr. Eine Weiterförderung über die genannten Jahre hinaus ist jedoch nicht vorgesehen.
 6. Heusweiler Herbstmarkt
Die im Entwurf vorgesehenen Mittel zur Durchführung des Herbstmarktes werden um 1.000 € auf 14.000 € erhöht.
 7. Schließenanlagen
Die vorgesehenen Mittel für das neue Schließsystem werden im Haushalt eingestellt. Die Thematik wird jedoch im Ausschuss vor einer möglichen Ausschreibung beraten.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Änderung der Aufwandsentschädigung für die Feuerwehr analog der Feuerwehrentschädigungsverordnung, die die Wehrführung, die Löschbezirksführer, die stellvertretenden Löschbezirksführer sowie die Fachbereichswarte betrifft, wurde ebenfalls in den Gesprächen der beiden Fraktionen diskutiert. Wir konnten uns schließlich darauf verständigen, den Vorschlag der Verwaltung mitzutragen.

Ich komme zu den Investitionen für das Jahr 2017 und 2018:

Der Entwurf der Verwaltung enthält hier neben den üblichen Ansätzen, wie etwa bei den Straßen und Plätzen, bei der Feuerwehr oder beim Bauhof auch die Ansätze für die Fortführung des Projektes Barbara-Ensemble Kutzhof, die Ansätze für die Fortführung des Großprojektes Feuerwehrhauptwache, die Fortführung des Hochwasserschutzkonzeptes, das uns schon länger beschäftigt, für den Umbau des Sportplatzes Eiweiler in einen Rasenplatz sowie Mittel für die Friedhöfe unserer Gemeinde. Hier hat in mehreren Sitzungen die Projektgruppe Friedhof 2050 getagt und auch schon einige Zwischenergebnisse erzielt. Wir wollen, dass die Mittel wie im Entwurf vorgetragen in den Haushalt eingestellt werden. Was jedoch Investitionen in die Zukunft anbelangt, so werden diese erst freigegeben, wenn die Abschlussempfehlungen der Projektgruppe vorliegen. Kommen wir zu den Zahlen der Investitionen. Für das Jahr 2017 beläuft sich die Deckungslücke im Haushaltsentwurf auf 589.500 €. Bei einem Abstimmungsgespräch der Verwaltung mit der Kommunalaufsicht wurde dafür die Genehmigung zur Aufnahme von Investitionskrediten erteilt. Dies jedoch nur unter der Voraussetzung, dass wir in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 ohne weitere Kreditaufnahmen auskommen. Derzeit wird für die beiden Jahre ein positiver Saldo ausgewiesen, so dass die Auflagen der Kommunalaufsicht erfüllt werden. In den Haushaltsgesprächen von CDU und SPD wurden für das Haushaltsjahr 2018 einige Maßnahmen diskutiert, die nach unserer Meinung umgesetzt werden sollen und die von ihrem finanziellen Umfang her den Saldo weiterhin im positiven Bereich belassen. Wir haben uns entschlossen, folgende Anträge einzubringen:

1. Tablets für die Heusweiler Grundschulen
Um jemals ein Projekt für den Unterricht in den Grundschulen unserer Gemeinde starten zu können benötigen wir für einen Satz von 25 Tablets sowie weiterer benötigter Hardware Mittel in Höhe von 20.000 €. Mit der kompletten Einrichtung, Installation und Verkabelung kommen wir auf einen Mittelbedarf pro Schule von insgesamt 25.000 €. Wir als CDU-

Fraktion wollen 2018 in das Projekt einsteigen und konnten uns mit den Kollegen der SPD einigen, zunächst einmal 25.000 € für einen Schulstandort in den Haushalt des Jahres 2018 einzubringen. Für das Jahr 2019 beabsichtigen wir weitere 25.000 € für den zweiten Schulstandort einzustellen.

2. Die Mitfahrerbänke

Seit einiger Zeit taucht immer wieder das Thema „Mitfahrerbänke“ in der Öffentlichkeit auf. Der CDU-Fraktion wurde bei einer Begehung von einem Bürger aus Holz das Konzept vorgestellt. Die Grundidee dabei ist, Bewohnern auf dem Lande, ob nun Jugendlichen, Senioren oder einfach Personen ohne eigenes Auto eine Gelegenheit zu eröffnen, ins Nachbardorf oder zur nächsten Bahnhaltestelle zu kommen. Das Konzept hinter den Mitfahrerbänken ist, an für Autofahrer gut sichtbaren und möglichst attraktiven Stellen im Gemeindegebiet, Bänke aufzustellen. Neben den Bänken stehen umklappbare Schilder, mit denen man anzeigen kann, wohin man mitgenommen werden möchte. In den ländlichen Gemeinden kommt dem Konzept zugute, dass sich viele Einwohner persönlich kennen und es dadurch in der Regel nicht sehr lange dauert, bis jemand vorbeikommt, der einem bekannt ist. Die Bänke sollen keine Konkurrenz sondern eine sinnvolle Ergänzung zum bestehenden ÖPNV darstellen. Wir wollen dieses System auch in unserer Gemeinde etablieren. Der erste Ortsrat hat schon einen Entschluss dazu gefasst. Weitere Bekundungen aus den Ortsteilen liegen vor. Für das Haushaltsjahr 2018 wollen wir daher 5.000 € für die Errichtung von Mitfahrerbänken einstellen.

3. Ausstattung der Umkleieräume in der Großwaldhalle mit neuen Garderobenbänken

Die jetzigen Garderobebänke in der Umkleide der Großwaldhalle müssen dringend ersetzt werden. Es war bereits 2016 angedacht neue Bänke aus Restmitteln anzuschaffen. Da es sich doch um eine Investitionsmaßnahme handelt, konnte damals eine Umsetzung der Maßnahme nicht erfolgen. Aus diesem Grunde wollen wir 3.500 € für diese Maßnahme in 2018 einstellen.

Der Bürgermeister und seine Verwaltung haben einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der es uns relativ einfach macht ihm zuzustimmen. Das sieht man auch daran, dass wir relativ wenige Änderungsanträge eingebracht haben. Wir haben nun heute noch eine Vorlage erhalten, da bei der Bebauung des Sportplatzes Holz Mehrkosten wegen des Baus eines Regenrückhaltebeckens bzw. eines Stauraumkanals entstehen. Die Verwaltung schlägt vor, im Rahmen einer Verpflichtungsermächtigung für 2018 weitere 200.000 € einzustellen. Als Ausgleich werden Grundstücksverkäufe in der Blumenstraße in Holz und Jungs Wies vorgeschlagen. Die CDU-Fraktion wird dieser Vorlage zustimmen, bittet aber zukünftig darauf zu achten, dass solche Vorlagen rechtzeitig dem Rat vorgelegt werden, denn nur dann ist für die Fraktionen auch eine ordentliche Vorberatung möglich. Durch diese zusätzlichen Maßnahmen haben wir dann auch den verbliebenen Spielraum bei den Investitionen fast komplett ausgeschöpft. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen von CDU und SPD haben sich in mehreren Beratungsrunden eingehend mit dem Haushalt 2017/2018 beschäftigt. Eine Zeitverzögerung war nicht zu vermeiden, denn schließlich waren wir zwischenzeitlich noch alle mit dem Landtagswahlkampf beschäftigt. Sie haben nun alle Daten und Fakten und auch unsere Anträge vorliegen. Ich bitte alle Fraktionen und auch alle Mitglieder des Heusweiler Gemeinderates um

Zustimmung zum Doppelhaushalt mit den von CDU und SPD beantragten Änderungen. Ein Dankeschön an Frau Mack, die immer für Rückfragen zur Verfügung stand. Das gleiche gilt auch für Herrn Flätgen und die Mitarbeiter der ZGW. Herzliches Dankeschön auch meinem Fraktionskollegen Fritz Michaelis und den beiden Kollegen der SPD, Herrn Sauer und Herrn Zimmer, die mit uns verhandelt haben.

Herr Krebs äußert sich im Namen der FDP-Fraktion wie folgt zum Haushalt:

„Meine Damen und Herren, auch liebe Zuhörer auf den Bänken, es ist ja festzustellen, dass das Interesse der Bürger an dem zentralsten Punkt der Gemeinderatssitzungen ausgesprochen gering ist, um so herzlicher mein Dank an die, die heute da sind. Ich will mich etwas knapper fassen, als Herr Schmidt, der als erster Redner sehr vieles gesagt hat. Ich fange an mit dem Bereich der Investitionen in diesem Doppelhaushalt. Da sind insbesondere die beiden Großprojekte, zunächst einmal an erster Stelle, die fortgeführt werden müssen. Die Hauptfeuerwache, die einen nicht nur Geld kostet sondern auch auf der anderen Seite auch die Einsatzbereitschaft dadurch stärkt, dass die drei bisherigen Löschbezirke Heusweiler, Hirtel, Eiweiler in einem Standort zusammengefasst werden. Genauso groß sicherlich die Bedeutung des Barbara-Ensembles nicht nur für Kutzhof, sondern auch für Lummerschied, Numborn und Mangelhausen. Wir haben weitere Investitionen, Herr Schmidt hat es ausgeführt, im Bereich der Friedhöfe, für den Rasenplatz in Eiweiler, für die Feuerwehr in erheblichem Maße, auf dem Bauhof, für Spielplätze usw. Es ist positiv zu bewerten, dass das Landesverwaltungsamt dem Investitionshaushaltsvorschlag der Kommune zugestimmt hat, obwohl mit diesen beiden Großprojekten gewisse Grenzen überschritten worden sind. Leider ist das mit Einschränkungen für die nächsten Jahre 2019/2020 verbunden. Die Gemeinde Heusweiler wächst, das freut die FDP-Fraktion. Wir werden neue Wohngebiete auf dem Sportplatz in Holz und etwas später auch auf dem Schwimmbadgelände in Heusweiler haben. Das bringt auch Geld in die Gemeindekasse. Leider hat das Verfahren für Holz ziemlich lange gedauert. Die Hängepartie beim Heusweiler Schwimmbad dauert noch länger. Da hat die FDP-Fraktion vor ziemlich genau 10 Jahren vorgeschlagen, diesen Bereich als Bauland zu erschließen. Was die Vermarktung anbelangt wird sich die FDP-Fraktion hierfür einsetzen, dass hier ein maximaler Ertrag für die Gemeinde erzielt werden kann. Bei den Investitionen fehlen allerdings solche neuen Gewerbeflächen, die notwendig wären, trotz hoher Zuschüsse des Landes. Gewerbeflächen würden nämlich auf die Dauer, das so dringend benötigte Geld in die Gemeindekasse bringen, wären also echte Investitionen, die sich rentieren. Andere Investitionen, so sinnvoll sie auch sind, leisten das leider nicht. Wir brauchen höhere Einnahmen. In dieser Hinsicht setzt also dieser Haushalt falsche Prioritäten für die Gemeinde. Bei den konsumtiven Aufgaben gibt es weiterhin zu wenig langfristige Infrastrukturplanung. Was brauchen wir? Was wollen wir in der Gemeinde für die Zukunft? Die Klärung dieser Fragen steht, acht Jahre nach der Erstellung des Gemeindeentwicklungsgutachtens, das, wenn ich mich recht entsinne, ca. 70.000 € gekostet hat, immer noch aus. Hier muss nach dem Grundsatz Qualität statt Quantität verfahren werden, bevor man rechts und links ohne Plan repariert bzw. erneuert. Die finanzielle Lage der Kommune ist schlecht. Trotz aller Sparbemühungen der letzten 10 Jahre, wird mit diesem Doppelhaushalt mehr Geld ausgegeben, als die Gemeinde zur Verfügung hat. Wenn man sich die Eigenkapitalentwicklung der Gemeinde anschaut, so sind die Defizite, die mit

diesem Haushalt geplant sind, für 2017 rd. 2,8 Mio. € für 2018 ca. 3,1 Mio. € und für die weiteren drei Jahre 5,3 Mio. €. Das macht für den Fünf-Jahres-Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung etwa 11,2 Mio. €. Das bewirkt ein weiteres Abschmelzen der Rücklagen der Gemeinde. Da die Ausgleichsrücklage bereits 2015 komplett aufgezehrt war, gehen die Defizite nun voll auf Kosten der sogenannten allgemeinen Rücklage, d. h. den Vermögenswerten in Gestalt von Gebäuden, Grundbesitz, Straßen, Brücken, Inventar und so weiter. In 2021 wird nach dem vorliegenden Haushaltsplan diese allgemeine Rücklage bis auf rund 33,6 Mio. € gesunken sein. Vergleicht man das mit den 11,3 Mio. € Defizit in den kommenden fünf Jahren, die geplant sind, dann heißt das bei weiter so anhaltender Unterdeckung, ist die Gemeinde in knapp 20 Jahren pleite. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Ein wesentlicher Aspekt dafür, dass die Verschuldung nicht weiter zurückgefahren werden konnte ist etwa die ausgesprochen wünschenswerte und positive Ausweitung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Krippen und Kitas. Das hat für die Gemeinde einen höheren Aufwand für Inventar und Gebäude und Personalkosten zur Folge. Vor allem aber werden die Sparbemühungen der Gemeinde immer wieder durch die stetig anwachsende Umlage für den Regionalverband zunichte gemacht. Das hat Herr Schmidt ja sehr schön ausgeführt. Daher hat die FDP-Fraktion auch den Widerspruch gegen den Umlagebescheid unterstützt. Im Gegensatz zur SPD-Fraktion werden wir auch einer Klage nicht negativ gegenüber stehen, falls durch das Innenministerium diesem Widerspruch keine vernünftige Abhilfe geschaffen wird. Selbstverständlich hat der Regionalverband Aufgaben, die er zu erfüllen hat und er muss durch seine Kommunen finanziert werden. Es stellt sich die Frage, ob er sein Personal bei vergleichbaren Aufgaben besser bezahlen muss, als seine Kommunen und wieso der Regionalverband bei den Sozialausgaben pro Einzelfall deutlich mehr ausgibt, als der Durchschnitt im Bundesgebiet. Sparbemühungen sehen anders aus. Zuletzt möchte ich noch ein paar Worte zum Ablauf der Haushaltsberatungen verlieren. Über die geplanten Investitionen, das hat der Bürgermeister ausgeführt, wurde breit diskutiert. Auch die Analyse, des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs wurde gemeinsam durchgeführt. Aber wie schon in den letzten Jahren haben sich die beiden großen Fraktionen von CDU und SPD mit ihren Abänderungs- und Ergänzungsvorschlägen, außerhalb des zuständigen Personal- und Finanzausschusses zusammengesetzt, was soweit in Ordnung ist. Die Ergebnisse wurden den übrigen Fraktionen und den Einzelmitgliedern lediglich mitgeteilt, eine ordnungsgemäße Beratung im Personal- und Finanzausschuss konnte nicht wirklich erfolgen. Ein demokratisches und kollegiales Vorgehen seitens CDU und SPD ist das nicht. Die Punkte hat Herr Schmidt schon genannt, ich will nur noch einmal kurz darauf eingehen, dass für Ortsratsbudgets, höhere Monatspauschalen für Gemeinderatsmitglieder, Sitzungsgelder für Rechnungsprüfer und Projektgruppenmitglieder etwa 6.750 € mehr pro Jahr ausgegeben werden sollen. Soviel Herr Steinrücken zu ihrer eingangs gestellten Frage. Hinzu kommen weitere Investitionen in Höhe von etwa 36.500 €. Die sind alle diskutabel, aber insgesamt sind das die falschen Signale für den Haushalt. Die FDP-Fraktion wird den vorliegenden Haushaltsentwurf ablehnen. Vielen Dank!“

Herr Zimmer nimmt für die SPD-Fraktion wie folgt Stellung zum Haushalt 2017/2018:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Ratskolleginnen und

Ratskollegen, meine Damen und Herren der Verwaltung, Herr Bürgermeister,

Haushalt ist die originäre und im Kern wichtigste Aufgabe, ja nicht nur Aufgabe, sondern auch Verpflichtung eines jeden Gemeinderates. Nach dem Selbstverwaltungsgesetz, KSVG § 35,79,82 ff ist die Gemeinde dazu verpflichtet, für jedes Jahr sowohl einen Haushaltsplan, einen Investitionsplan sowie einen Stellenplan zu beschließen. Hierin sind sowohl die Einnahmen und Ausgaben, die Investitionsmittel wie auch die dafür benötigten Mitarbeiter dargestellt. Es ist dabei darauf zu achten, dass sie gemäß ihrer Leistungsfähigkeit das Wohl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner fördert und die Erfüllung der ihr übertragenen, öffentlichen Aufgaben wahrnimmt. In der Zeit einer geltenden Schuldenbremse, so wie in den meisten Gemeinden des überproportionalen Schuldenstandes, ist dies mit Sicherheit kein einfaches Unterfangen. Dennoch stellt sich die SPD-Fraktion seit Jahren dieser Aufgabe und wird damit ihrem Wahlauftrag durch den Bürger gerecht. Als größte Oppositionsfraktion im Gemeinderat ist dies nicht zwanghaft Normalität. Wie auch bei den Haushaltsberatungen der letzten Jahre haben die Fraktionsspitzen der CDU und der SPD in vielfältigen Beratungen einen gemeinsamen Haushaltsplan aufgestellt und um vielfältige Angelegenheiten erweitert, aber auch gekürzt. Der nun vorliegende Haushaltsentwurf mit den Erweiterungen und Kürzungen der zu beschließenden Haushaltssperren, sowie dem angehörigen Stellenplan steht daher heute Abend als Beschlussvorlage zur Verabschiedung an. Selbstverständlich ist in solchen außerkoalitionären Verhandlungen nicht in allen Bereichen möglich, Einstimmigkeit zu erzielen. Dennoch haben wir mit den Kollegen der CDU-Fraktion bis auf wenige Kleinigkeiten einen gemeinsamen Entwurf erarbeitet. Hierfür gilt im Besonderen den Kollegen Manfred Schmidt und Fritz Michaelis meinen Dank. Zu den Angelegenheiten, die noch strittig sind, stellt die SPD-Fraktion daher folgende Punkte im Anschluss an meine Rede zur Einzelabstimmung. Es handelt sich um folgendes:

- 5.000 € Einstellung im Haushalt zur Finanzierung des Geburtstages von Herrn Bürgermeister
- Aufnahme von ca. 50.000 € zur Finanzierung der Klage gegen den Regionalverband
- KW-Vermerk der Stelle des ehemaligen stellvertretenden und jetzigen Bauhofleiters
- Erweiterung der Vorlage zur Vergütung der ehrenamtlichen Arbeiten durch die Feuerwehrmitglieder um folgenden Punkt: hierbei sollen 180 € für den stellvertretenden Jugendwart noch in die Tabelle aufgenommen werden. Hintergrund ist, dass alle Stellvertreter, auch die Löschbezirksstellvertreter, Geld bekommen. Da sind wir der Meinung, da kann der stellvertretende Jugendleiter auch die Hälfte bekommen. Das wäre nicht mehr wie anständig. Weitere Erläuterungen gebe ich gerne vor den Einzelabstimmungen ab.

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2017/2018 der Gemeinde Heusweiler zeigt in vielen Facetten, welche Angelegenheiten überhaupt noch neben den verpflichtenden Aufgaben möglich sind. Diese Investitionen in zukunftsweisender, wirtschaftlicher und entwicklungsfähiger Hinsicht tragen die klare Handschrift der SPD-Fraktion im Gemeinderat. So ist es seit Jahren zum ersten Mal möglich auf eine Erhöhung der Steuern und Abgaben in den meisten Bereichen zu verzichten, was auch durch die sehr erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre unter Beteiligung der SPD-Fraktion erst möglich wurde. Im Ergebnishaushalt sind die

grundsätzlichen Aufgaben der Gemeinde abgebildet, welche von uns und dem CDU-Verhandlungspartner abgestimmt und auf die erforderlichen Angelegenheiten angepasst wurden. Dies zeigt sich in den vorgestellten gemeinsamen Forderungen durch die Verhandlungspartner. Besonders erfreut es uns, dass wir in den Verhandlungen die Mittel zur Digitalisierung der Grundschulen, die Gelder für die Mitfahrbänke, die Erhöhung der Ortsratsbudgets und zur Sanierung des Dorfgemeinschaftshauses einstellen konnten. Zum Ende nun wollen wir uns gemeinsam nochmals den Investitionsplan der Gemeinde Heusweiler für die Jahre 2017/2018 ansehen. Hier gestaltet der Gemeinderat noch relativ frei und nach bestem Wissen und Gewissen die zukünftige Entwicklung seiner Kommune. Seit Jahren liegen der Verwaltung vielfältige Anträge der SPD-Fraktion, welche auch durch den Gemeinderat beschlossen wurden vor. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um den Neubau der Feuerwehrhauptwache, die neue Gestaltung der Anlage der ehemaligen Grundschule Kutzhof mit dazugehörigem Neubau eines Feuerwehrgerätehauses, die Erweiterung des Kindergartens sowie die Sanierung der Halle und angehörigem Gastraum. Des Weiteren sind nun endlich Gelder für den Hochwasserschutz in ausreichender Höhe für den Beginn eingestellt. Allein jene drei Angelegenheiten stellen den weitaus größten Teil des gesamten Investitionspaketes in den Jahren 2017/2018 dar. Weitere Ausgaben werden allerdings noch folgen müssen. Der Hochwasserschutz ist ja mit einem Becken nicht zu Ende. Alle diese Investitionen stehen nun endlich zur Verfügung und sind auch schon mit der Aufsichtsbehörde vorbesprochen. Die SPD-Fraktion ist natürlich sehr erfreut, dass nach jahrelangem Abwarten ihre Anträge nun in die Umsetzung gehen können und wir alsbald mit Vollzug seitens der Gemeindeverwaltung rechnen können. Meine Damen und Herren, allerdings hat jede Medaille immer zwei Seiten. Dieser über die eigentlich zulässigen Maße große Investitionshaushalt, sei er auch noch so wichtig für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde, führt dennoch zu einer Sperre für Investitionskredite durch die Kommunalaufsicht in den Jahren 2018/2019. Dies ist vor allem unter verschiedenen Gesichtspunkten nicht nachvollziehbar. Darauf möchte ich eingehen. So können z. B. die Gemeinden Püttlingen und Illingen trotz eines mehr als doppelt so hohen Verschuldungssaldos jährlich im mehrfachen Millionenbereich investieren und bekommen keine Kreditsperre auferlegt. Vielleicht haben aber auch die Bürgermeister dieser Gemeinden beim Innenministerium einen besseren Stand oder aber vielleicht können sie einfach nur besser mit der Kommunalaufsicht verhandeln. Ebenso wird mir mit Sicherheit der ganze Gemeinderat zustimmen, dass wir in den letzten Jahren die Finanzfähigkeit der Gemeinde durch tiefgreifende Maßnahmen derart verbessert haben, wodurch wir zwischenzeitlich auf Platz 5 des saarländischen Rankings der am geringsten verschuldende Gemeinde im Saarland aufgestiegen sind. Da ist eine solche Festsetzung erst recht in Zeiten des billigen Geldes vor allem für Investitionskredite nicht nachvollziehbar. Diese hemmt die Gemeinde in ihrer weiteren Entwicklung erheblich. Meine Damen und Herren, zu guter Letzt steht nun heute ein Gesamtwerk zur Verabschiedung durch den Gemeinderat auf der Tagesordnung. Nach erfolgten Einzelabstimmungen zu den vorgenannten Punkten und der Streichung aus dem Haushalt wird die SPD-Fraktion dem Gesamtwerk zustimmen. Es wäre auch all zu grotesk für unsere Fraktion, wenn derart viele Anträge der SPD-Fraktion im Haushalt beinhaltet sind aufgrund von einigen Angelegenheiten, die uns Kopfzerbrechen bereiten, den Gesamthaushalt abzulehnen. Die SPD-Fraktion bedankt sich nochmals bei allen Kolleginnen und

Kollegen, bei den Mitarbeitern der Verwaltung, stellvertretend möchte ich hier Frau Mack nennen, die immer zur Verfügung gestanden hat und ihre geleistete Arbeit und die konstruktive Zusammenarbeit während den Verhandlungen.“

Herr Flöhl nimmt wie folgt Stellung zum Haushalt:

„Wir haben uns ja in der Haushaltsdebatte an vielen Punkten überlegt, was sollen wir machen und ich fand es eigentlich sehr gut, dass in dieser Diskussion auch sehr viel in der Praxis gearbeitet wurde. Ich möchte da vor allem im Bereich der Friedhöfe die Friedhofscommission erwähnen, weil es hierbei zum ersten Mal richtig gut funktioniert hat, dass wir auch versucht haben, es inhaltlich umzusetzen mit praktischen Maßnahmen. Da hätte ich mir gewünscht, dass man an vielen Stellen noch weiterkommt. Ich fand es einen sehr guten Ansatz, dass es direkt Lösungen zum Haushalt gegeben hat. Ebenso habe ich es gut gefunden, dass in der Haushaltsdiskussion nicht die, von einer der beiden großen Fraktionen vorgeschlagene, große Variante gewählt wurde mit weiteren Plänen für die Agenda. Der Äußerung von Herrn Krebs, dass das Abschmelzen unserer Reserven nicht noch größer wird, kann ich nur zustimmen.

Was ich auch sehr gut finde ist, dass das Hochwasserschutzkonzept in seiner ursprünglichen Form nicht in allen Bereichen umgesetzt, sondern erneut diskutiert wurde. Es wurden einige Anregungen mit eingearbeitet, so dass das Hochwasserschutzkonzept aus meiner Sicht weitgehend die Belange für die Zukunft von Heusweiler praktisch übernehmen kann. Tatsächlich muss jedoch noch viel mehr investiert werden. Es wird eines der nächsten Projekte sein, die wir noch weiter angehen müssen, zu den Projekten die derzeit laufen, wie die Feuerwehrhauptwache und das Barbara-Ensemble Kutzhof. Hinsichtlich der Mitfahrerbanken für 5.000 €, kann ich nur sagen, Obersalbach hat da zumindest einmal eine Bank, auf jeden Fall vakant noch und wir haben auch bei uns im Internet entsprechend Anleitungen, wie man sehr kostengünstig Bänke erstellen könnte. Das wären bei einer Summe von 5.000 € ca. 50 Bänke. Ich denke 50 Mitfahrerplätze wären doch in Heusweiler sehr ausreichend. Von daher war die Idee, die wir irgendwann geboren haben, nach wie vor doch sehr aktuell. Wir würden den Haushalt nicht ablehnen wollen. Das was Herr Krebs ausgeführt hat, ganz am Anfang zur Bürgerfragestunde, trifft eigentlich genau den Nagel auf den Kopf. Was wir als NÖL an der Sache kritisieren bezüglich dieser weiteren Mittel für Ratsmitglieder oder auch Ausschüsse etc. ist, dass wir eigentlich doch damals mit der Idee, die Ortsräte zu verkleinern, Geld sparen wollten und gleichzeitig die Demokratie hoch halten wollten. Das Sparergebnis dieser Sache ist glaube ich 1.000 € im Jahr und jetzt geben wir 6.500 € mehr aus. Da frage ich mich, was das soll - ein Schelm der böses dabei denkt. Von daher müssen wir als NÖL oder ich als NÖL-Vertreter hier im Rat aufgrund dieser Tatsache sagen, diesen Haushalt werden wir an dieser Stelle so nicht mittragen wollen und werden ihn auch nicht verabschieden.“

Herr Wark von der UBH nimmt wie folgt Stellung zum Doppelhaushalt 2017/2018:

„Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, wir werden dem Doppelhaushalt 2017/2018 nicht zustimmen, weil für uns sich erkenntlich durchgesetzt hat, dass sobald die Vereine hier ins Spiel kommen, jede Menge Gelder ausgegeben werden. Bei einer Sanierung – wir haben Sanierungshaushalt – sollte man sich auf

das Kerngeschäft konzentrieren. Das wären für die Gemeinde Kindergärten, Schulen, Verwaltung und Infrastruktur. Zuschüsse für Zäune, Rasenplatzsanierungen, Dachreparaturen usw. für Vereine zählen nicht zu den Kernaufgaben einer Gemeinde, zumal in der Vergangenheit bestimmt schon erhebliche finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde geleistet wurde. Die jetzigen finanziellen Zuwendungen übernehmen das Betreiberrisiko der Vereine, das eigentlich bei diesen liegen sollte für ihre jeweiligen Sportarten. Sie, Herr Bürgermeister, die Ortsvorsteher und auch viele Vereine und Privatpersonen haben in der Vergangenheit Gelder gesammelt, um die Spielplätze wieder zu aktivieren. In der Gemeinde gibt es mehr Kleinkinder, für die ein ausreichendes Spielplatzangebot notwendig ist, als aktive Sportler in den Vereinen.“

Herr Hill äußert sich wie folgt zum Doppelhaushalt 2017/2018:

„Vielen Dank, Herr Bürgermeister. Ich will damit beginnen, dass ich erst mal einen Dank an die ganze Verwaltung sage, insbesondere an die Frau Mack und ihre Abteilung für die außerordentlich gute Arbeit, die im Ausschuss sehr hilfreich war und uns manche Entscheidung leicht gemacht hat. Ich möchte gleich in dem Zusammenhang auf das Papier eingehen, dass CDU und SPD diese Woche vorgelegt haben, was das Ergebnis ihrer Beratungen war. Im Gegensatz zu anderen Ratsmitgliedern begrüße ich es außerordentlich, dass SPD und CDU sich mit dem Haushalt gemeinsam beschäftigen, als zwei große Ratsfraktionen und insbesondere bei den knappen Mehrheitsverhältnissen, die die großen Fraktionen haben. Dies bedeutet, sie brauchen unter Umständen, wenn sie sich nicht einigen, eine Mehrheit der kleinen Parteien. Dies ist nicht immer gewährleistet, wie man heute den Ausführungen entnehmen kann, da es einige gibt, die auch den Haushalt ablehnen werden. Ich für meinen Fall, für die Linke, begrüße diese Zusammenarbeit, wenn sie ergebnisoffen geführt wird und auch ein entsprechendes Ergebnis unterbreitet. Zunächst einmal zu dem Ergebnis selbst. Ich begrüße es außerordentlich, dass man in dem Papier die Ortsräte, sprich die Ortsteile einer so großen Flächengemeinde wie wir sie haben, noch einmal mit mehr Mitteln versieht. Hiermit wird ein politisches Signal für die Menschen gesetzt, die beratend unsere Arbeit begleiten und wertschätzen, ebenso wie die Arbeit der Ortsvorsteher. Es liegt an uns, einen entsprechenden Antrag zu stellen, um die Ortsräte wieder zu vergrößern. Ich gebe heute Abend zu Protokoll, dass wir diesen Antrag stellen werden, mündlich bereits heute und in Kürze auch schriftlich. Was die Erhöhung der Monatspauschale für Gemeinderatsmitglieder betrifft, wenn die nicht aufgeführt wird, wäre ich auch nicht unglücklich, wobei die 10 € uns nicht ärmer machen, sondern die Durchführung der ehrenamtlichen Tätigkeit der Ratsmitglieder wertschätzen. Wenn das eine Sache ist, die nach ewigen Zeiten jetzt einmal auf das Tableau gekommen ist, kann man dies ohne weiteres mittragen. Für die Einführung der Aufwandsentschädigung für die Prüfer des Jahresabschlusses bedanke ich mich. Ich denke wir haben mit Hilfe von Frau Mack und ihrer Abteilung hoffentlich immer gute Arbeit geleistet. Ich danke auch für die Unterstützung in dieser Prüfungstätigkeit, die sehr verantwortungsvoll ist und letztendlich zur Entlastung des Bürgermeisters und auch der Verwaltung dient. Der nächste Punkt, war der Punkt 4 „Einführung von Sitzungsgeldern für Projektgruppenmitglieder“. Wer den Aufgaben des Gemeinderates in der Vergangenheit gefolgt ist, weiß, dass nicht alles in den Ausschüssen geregelt werden kann, z. B. die Geschichte mit den Friedhöfen. Hier sind wirklich viele Sitzungen zu bestreiten, so dass meines Erachtens eine kleine

Aufwandsentschädigung nicht ehrenrührig ist bzw. den Haushalt mit einem Aufwand von 630 € pro Jahr belastet. Dies muss zu tragen sein. Ich finde es sehr gut, dass auch an die musikalische Frühförderung gedacht wurde. Wir müssen aber auch darüber nachdenken, dass auch andere frühkindliche Erziehung und Schulung zu leisten sind. Vielleicht gibt es ja auch weitere Projekte die in so einem Rahmen im Haushalt 2019/2010 gefördert werden. Es würde mich allerdings freuen, wenn wir jährlich von dem Projekt hören würden, dass man im entsprechenden Ausschuss über die Ziele und Ergebnisse unterrichtet. Was den Herbstmarkt betrifft, ist es ein Aushängeschild für Heusweiler. Die Kosten hierfür werden nicht weniger sondern mehr. Vielleicht haben wir auch eine entsprechende Einnahme die dagegensteht. Das Schließsystem werde ich nicht weiter kommentieren. Allerdings werde ich noch etwas zur Digitalisierung sagen, die im schulischen Bereich stattfinden soll. Es ist eine Forderung, die nicht nur aus der Gemeinde herauskommt, sondern sie kommt ja aus der Landes- und Bundespolitik. Unsere Kinder sollen nicht nur fit gemacht werden, für die Industrie und den Arbeitsmarkt, sondern sie sollen mit Spaß an der Schule arbeiten und das umsetzen, was sie letztendlich auch schon zu Hause haben. Ich würde mir allerdings in dem Zusammenhang wünschen, dass wir ganz konkret darüber nachdenken, wie man das Schulpersonal mit diesen Dingen in Verbindung bringt, damit die Dinge auch benutzt werden. Es sind Erfahrungen vorhanden, dass das Schulpersonal erhebliche Probleme hat, mit diesen Dingen umzugehen. Die Mitfahrerbanken müssen von der Kommune und dem Rat ordentlich beworben werden. Allerdings muss auch ein Hinweis auf Haftungsfragen erfolgen. Zunächst mal vielen Dank für die Ausstattung der Umkleiden der Großwaldhalle. Als Mitglied des Rates aus Eiweiler möchte ich mich bedanken, dass es in diesem Jahr möglich gemacht worden ist. Noch ganz kurz zu den Ausführungen eben von dir, lieber Reiner. Du hast gesagt, dass im Nachgang zu dem Papier noch ein paar Änderungsanträge von euch kommen. Ich habe euch beide öfter darauf angesprochen, ob es noch strittige Themen zwischen euch gibt, dies ist leider bei mir nicht angekommen. Hätte man davon gewusst, hätte man darüber nachdenken und beraten können. In der Kürze werde ich mich an dieser Stelle enthalten. Ich werde nicht dagegen stimmen, weil das eine oder andere Gedanken aufwirft. Was die Investitionen betrifft und den Investitionshaushalt muss ich dir, lieber Reiner, Recht geben, da haben wir den Versuch gestartet, im Personal- und Finanzausschuss eine Schippe draufzulegen. Allerdings ist uns das an diesem Abend nicht gelungen. Vielleicht würde dann, wenn es uns gelungen wäre, auch ein genehmigungsfähiger Haushalt vorliegen. Zurück zum Haushalt: Zu den Zuschüssen, die hinsichtlich der Investitionen geflossen sind und von allen angesprochen wurden, sage ich, Gott sei Dank sind sie da. In dem Zusammenhang möchte ich insbesondere den beiden großen Parteien, die ja auch in der Landesregierung vertreten sind, dafür danken, zumindest denen danken, die sich dafür eingesetzt haben, dass wir bestimmte Zuschüsse erhalten haben. Jetzt noch ein paar grundsätzliche Ausführungen. Die Linke sieht nach wie vor keine Chance, dass die saarländischen Kommunen, dazu zählt natürlich auch Heusweiler, finanziell gerettet werden können und das trotz des Kommunalpaktes. Zunichte gemacht wird das Ganze durch die Sozialkostensteigerung in der Umlage des Regionalverbandes. Wir werden nach wie vor, an dem Weg festhalten, den wir gemeinsam bis jetzt geschritten sind und den wir eventuell noch beschreiten werden. Die regierenden Parteien in Bund und Land sind nach wie vor gefordert. Die derzeitige Situation bedeutet, dass Standards weiter gesenkt werden und Investitionen nur schwierig oder gar nicht möglich sind. Dies bedeutet im

Ergebnis, dass es keine freiwilligen Leistungen mehr gibt. Das sei zuvor in einer anderen Form bereits angesprochen worden, nämlich der Verzicht auf freiwillige Leistungen und das sehen wir anders. Die Folgen wären, die Unterstützung für Soziales, Kultur, Sport könnten wir nach wie vor nicht aufrechterhalten. Das kann nicht sein. Darunter werden nämlich vor allem die Vereine leiden. Was ist, wenn wir feststellen, es gibt z. B. keine Unterstützung mehr für Vereine, auch was die Gebühren für Trainings- und Übungsmöglichkeiten betrifft. Denn die Hallen können über die Gebühren nicht kostendeckend finanziert werden. Der Zustand der Straßen oder der Schulgebäude wird immer schlechter. Das wird der Steuerzahler, die Bevölkerung, nicht mehr verstehen und der Frust wird, das wissen wir alle, bei uns Kommunalpolitikern abgeladen. Hilfe vom Bund, die ich immer wieder einfordere, auch von den regierenden Parteien und den Landespolitikern, sehe ich nicht. Ich selbst fahre öfter nach Ingolstadt zu meiner Tochter. Wenn man sieht, wie dort alles finanziert wird, in dem Bereich, dann kann man immer nur sagen, jeden Monat was Neues. Wer die Verhandlung zum Finanzausgleich verfolgt hat, hat mit Sicherheit gemerkt, dass wirklich nicht alle unsere Lage verstehen oder dafür Verständnis zeigen. Ich erinnere an die Demonstration der Bürgermeister, unser Bürgermeister war auch dabei, im Jahr 2014. Es wurde damals eine kleine Verbesserung durchgesetzt, aber das reicht hinten und vorne nicht. Nicht zu vergessen, die Flüchtlinge, die zu uns gekommen sind und der Nachzug ihrer Familien macht es dringend notwendig, dass neue Förderprogramme für den Ausbau der Grundschulen und der Ganztagsbetreuung her müssen. Ebenso werden Mittel für den Ausbau der vorschulischen Betreuung benötigt. Die Digitalisierung der Schulen reicht meines Erachtens dazu alleine nicht aus. Die Linke hätte heute Abend gerne von SPD und CDU Hinweise auf die Ergebnisse der interkommunalen Zusammenarbeit und deren Auswirkung für den zukünftigen Haushalt gehört. Auch sehe ich, dass wir von der Landesregierung getrieben werden, es fehlt aber die angekündigte Rahmenplanung. Es gibt bisher nur die finanzierten Gutachten, die wir ja auch nutzen. Von CDU und SPD vermisste ich konkrete inhaltliche Vorgaben, die wir miteinander diskutieren können. Ich stelle nach wie vor die Frage, welche Hilfestellung wir seitens des Innenministeriums zu erwarten haben. Das Thema „Gebietsreform“ sei eine Forderung von CDU und FDP. Hier sage ich ganz deutlich, dass es nicht nachgewiesen sei, dass sie finanzielle Effekte bringen wird. Es ist daher erst einmal festzustellen, wie hoch überhaupt die Einspareffekte sind. Solange die Regionalverbandsumlage jährlich steigt, ist nach Meinung der Linken der Kommunalpakt nicht einzuhalten, der ja besagt, dass wir bis 2024 das Defizit bereinigt haben sollen. Wir haben alle unsere Hausaufgaben gemacht und trotz all dieser Eventualitäten brauchen wir für 2017/2018 einen genehmigungsfähigen Haushalt. Die Linke wird deswegen der Vorlage zustimmen. Ich danke für eure Aufmerksamkeit.“

Frau Mack teilt mit, dass den Ratsmitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung Unterlagen zugegangen seien. Auf dieser Basis sei auch die vorliegende Haushaltssatzung abgestimmt, die in der heutigen Sitzung beschlossen werden solle. Es habe sich kurzfristig herausgestellt, dass bei der Entwicklung des Sportplatzes Holz zu einem Wohngebiet Veränderungen erforderlich seien. Wie bereits von Herrn Manfred Schmidt dargelegt, müsse ein zusätzliches Regenrückhaltebecken bzw. ein zusätzlicher Stauraumkanal gebaut werden, was mit zusätzlichen Auszahlungen von rund 200.000 € einhergehe. Da diese nicht mehr im Jahr 2017 untergebracht werden könnten, werde von der Verwaltung eine

Verpflichtungsermächtigung vorgeschlagen, um die Aufträge im Jahr 2017 vergeben zu können. Im Jahr 2018 sollte dann die Auszahlung entsprechend eingeplant werden. Die Verringerung des Saldos müsse entsprechend ausgeglichen werden, so dass vorgeschlagen werde, die ursprünglich für das Jahr 2017 eingeplante Veräußerung der Baugrundstücke in der Blumenstraße in Holz in das Jahr 2018 zu verschieben, um einen Deckungsbeitrag in Höhe von 110.000 € zu erhalten. Um dies im Jahr 2017 nochmals aufzufangen, würde man vorschlagen, bezüglich der Beschlussvorlage BV/0020/17, die nachher im nichtöffentlichen Teil beraten und beschlossen werde, den Verkaufserlös schon einmal vorab mit 104.000 € einzuplanen. Durch diese Maßnahme würde sich der Saldo im Jahr 2017 um 6.000 € verschlechtern. Dies bedeute, also die Aufnahme zusätzlicher Investitionskredite in Höhe von 6.000 €. Sie vertritt die Auffassung, dass dies gegenüber der Kommunalaufsicht nicht zu einem Problem führen werde. Dies könne dargestellt werden, mit den 13.700 €, die ja allein für die konfessionellen Kindergärten aufgebracht werden müssten. Dies habe sich erst nach dem Abstimmungsgespräch so ergeben. Sie habe die Chance genutzt, da man die Zusammenstellung habe, auch noch die Anträge der CDU und SPD, soweit sie vorgelegen hätten, einzuarbeiten und in den entsprechenden Jahren darzustellen: die Tablettis im Jahr 2018 und 2019 mit jeweils 25.000 €, die Mitfahrerbenke im Jahr 2018 mit 5.000 € und die Garderobebänke der Umkleieräume Großwaldhalle mit 3.500 € im Jahr 2018. Man sehe hier, dass sich der Saldo im Jahr 2018 immer noch bei plus 3.000 € bewege, was bedeute, dass man keine Investitionskredite aufnehmen müsse. Genauso verhalte es sich im Jahr 2019, hier habe man auch noch ein Plus in Höhe von 20.200 €. Die Folgejahre würden komplett unverändert bleiben. Auf der zweiten Seite habe sie noch die Änderung im Ergebnishaushalt kurz dargestellt. Hier habe sie auch die Anträge, die bereits im Personal- und Finanzausschuss am 07.04.2017 beschlossen wurden, in den Entwurf, der den Ratsmitgliedern mit der Einladung zugegangen sei, eingearbeitet. Zum einen die Ortsratsbudgets mit 1.673 € jährlich, dann die Erhöhung der „Monatsspauschale Gemeinderatsmitglieder“, die Aufwandsentschädigung für die Prüfer des Jahresabschlusses sowie die Sitzungsgelder für die Projektgruppenmitglieder. Dies betreffe alles eine Haushaltsstelle. Hier wäre die Veränderung im Jahre 2017 2.500 € und in den Folgejahren jeweils 5.000 €. Dann noch die Maßnahme musikalische Frühförderung in den Grundschulen. Hier sollte der Zuschuss ja nur in den Jahren 2017 und 2018 gezahlt werden, mit 2.000 €. So erhalte man dann das Jahresergebnis, das in den Unterlagen entsprechend ausgedruckt gewesen sei. Es gäbe noch weitere Anträge der CDU und SPD: beim Herbstmarkt Heusweiler würde sich der Saldo um 1.000 € jährlich verschlechtern. Bezüglich des Schließsystems seien die Mittel bereits im Entwurf berücksichtigt worden. Es gäbe dann noch ein Änderungsvorschlag der Verwaltung, der bereits im Personal- und Finanzausschuss vorgestellt und beraten worden sei. Dies sei die Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Feuerwehren. Bislang würden diese insgesamt 13.260 € betragen. Neu sollten es 20.280 € werden, was eine Erhöhung von rund 7.020 € im Jahr ausmache. Es habe in der letzten Woche noch ein Nachtragsschreiben zum Haushaltserlass 2017 gegeben, wonach sich die Gewerbesteuerumlagesätze ab dem Jahr 2020 deutlich verringern würden. Man sei gehalten, dies noch in die Finanzplanung entsprechend einzuarbeiten. Daraus resultiere dann im Prinzip ein Plus von 258.200 € ab dem Jahr 2020. Was darunter noch dargestellt werde, ist das, was sie im Investitionshaushalt ausgeführt habe. Wenn man neue Investitionen einplane oder Investitionen verschiebe, dann habe dies auch Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt. Hierdurch würden ja die

Abschreibungen verändert, es gäbe Zinsen, die gezahlt werden müssten und wenn man Sachanlagevermögen veräußere, welches über Buchwert sei, habe man auch Erträge, die entsprechend angepasst werden müssten, so dass man dann ein neues korrigiertes Jahresergebnis habe. Darunter habe sie noch die Veränderung des Saldos dargestellt. Wenn man alle diese Änderungen berücksichtige, habe man im Jahr 2017 ein Jahresergebnis von rund -2,6 Mio., in 2018 -2,95 Mio., 2019 -2,4 Mio., 2020 -1,3 Mio. und 2021 noch -980.000 €. Am Ende habe sie das strukturelle Defizit dargestellt, welches wichtig für die Beurteilung sei, ob die Haushaltsanierungsvorgaben erfüllt seien.

Der Vorsitzenden schlägt vor, bevor man zu den Einzelabstimmungsanträgen der SPD komme, über die entsprechenden Veränderungen, wie von Frau Mack vorgetragen, abzustimmen. Danach sollte eine Abstimmung über den Block im Finanzhaushalt, betreffend der zusätzlichen Maßnahme in Holz und den entsprechenden Ausgleichsmöglichkeiten stattfinden. Anschließend solle über die entsprechenden Anträge der CDU und SPD im Hinblick auf den Finanzhaushalt en block abgestimmt werden, sofern keine Einzelabstimmung gewünscht werde. Danach könne bezüglich des Ergebnishaushaltes über die entsprechenden Anträge von CDU, SPD beschlossen werden. Die Abstimmung solle en block über die bereits im April am 07.04.17 im Ausschuss beschlossenen sowie über die zwei, die noch hinzugekommen sein, erfolgen - es sei denn, auch hier werde eine Einzelabstimmung beantragt. Im Anschluss daran könne man die Einzelabstimmungen der SPD-Anträge durchführen.

Herr Zimmer merkt an, Herr Manfred Schmidt hätte zuvor geäußert, dass auch die Schließanlage vor einer Umsetzung noch beraten werden müsse. Dies sei nicht enthalten, sollte aber in den Anhang des Haushaltes aufgenommen werden, ebenso die Unterhaltung der Friedhöfe. Die Gebäude der Friedhöfe seien so lange gesperrt, bis die Friedhofsgruppe darüber beraten habe. Gleiches gelte für den Umbau der Niederspannungsanlagen, welche zuvor noch in den Bau- und Verkehrsausschuss zur Beratung sollten. Die durchzuführenden Arbeiten sollten im Ausschuss besprochen werden.

Der Vorsitzende hält fest, dass dies entsprechend im Protokoll aufgenommen werde.

Einzelanträge der SPD-Fraktion:

Herr Zimmer teilt mit, die SPD fordere Einzelabstimmung zu dem Produkt, in dem die 5.000 € für die Finanzierung des Geburtstages des Bürgermeisters eingestellt seien. Die SPD habe schon mehrfach in Gesprächen geäußert, dass man der Meinung sei, dass nicht alles was möglich sei, auch moralisch o.k. sei. Man hätte seitens der SPD mitgetragen, dass mit den Mitarbeitern kostenfrei die Veranstaltung im Rathaus durchgeführt werde. Allerdings sollten die Kosten für Getränke und Essen vom Bürgermeister selbst getragen werden. Es werde um Abstimmung gebeten, ob diese 5.000 € im Haushalt verbleiben sollen oder nicht.

Der Vorsitzende weist darauf hin, es sei in den Gemeinden und Landkreisen üblich, dass egal welche politischen Verhältnisse bestünden, ein Empfang für runde Geburtstage ausgerichtet würde. Dennoch seien die Fraktionen befragt worden, ob dies mit einem abgeschätzten Kostenrahmen in Höhe von 5.000 €

durchgeführt werden könne. Alle Fraktionen außer der SPD hätten dieser Vorgehensweise zugestimmt. Er hofft, dass die Fraktionen auch heute zu ihrem Wort stehen und darf gleichzeitig danken für diese Zustimmung. Die Zahlen, welche nun feststünden und von ihm vorfinanziert seien, möchte er wie folgt bekanntgeben: Die Kosten des Geburtstages beliefen sich auf ca. 3.300 €. Er habe Spenden in Höhe von ca. 16.500 € erhalten, d. h. das Geld der Gemeinde sei innerhalb von fünf Stunden verfünffacht worden.

Herr Zimmer hält dies für eine „Milchmädchenrechnung“ die der Bürgermeister hier aufmache, da die Kosten für Personal, Gebäude, nicht bezahlte Miete, Einladungskarten, Vorbereitungszeit der Mitarbeiter etc. nicht berücksichtigt seien.

Der Vorsitzende merkt an, dass alle Ausgaben eingerechnet seien.

Nach Meinung von Herrn Zimmer könnten nicht alle Kosten eingerechnet sein. Die SPD Fraktion fordere daher den Bürgermeister auf, die komplette Kostenbilanz offenzulegen und werde diesbezüglich einen schriftlichen Antrag einreichen.

Der Bürgermeister spricht das Vorgehen des Ortsvorstehers von Wahlschied an, der seinen fünfzigsten Geburtstag einfach so in den Räumen der freiwilligen Feuerwehr, sprich der Gemeinde gefeiert habe, ohne die Verwaltung bzw. die Verwaltungsspitze als Chef der Feuerwehr zu fragen.

Herr Dr. Reimann teilt mit, der Vorgänger des Vorsitzenden habe seinerzeit alles selbst finanziert. Er hätte hierzu gerne die Stellungnahme der anderen Fraktionen gewusst, die den Haushalt ablehnen.

Der Vorsitzende teilt mit, Herr Zibold hätte seinerzeit die Veranstaltung selbst finanziert, weil er die Feier gemeinsam mit den Mitarbeitern durchgeführt habe. Seine Feier mit den Mitarbeitern habe er nachmittags durchgeführt und alle Ausgaben seien vollumfänglich von ihm privat übernommen worden.

Herr Zimmer informiert, die SPD-Fraktion beantrage weiterhin Mittel in Höhe von 50.000 € einzustellen, für eine eventuell zu führende Klage gegen den Regionalverband. Es solle der Verantwortung Rechnung getragen werden, Haushaltsmittel bei Kenntnisstand im Haushalt einzuplanen. Die SPD-Fraktion werde dies ablehnen. Dennoch vertrete man die Meinung, dass dies in den Haushalt gehöre. Wie jeder wisse, habe sich die SPD gegen die Klage und gegen den Widerspruch ausgesprochen. Es sei für die SPD nicht nachvollziehbar, wie man auf die Idee komme, den Regionalverband zu verklagen oder Widerspruch einzulegen, da die Kommunalaufsicht, sich in der Führung eines CDU-Ministers befinde und sie den Haushalt und die Umlagesätze genehmigt habe. Hier stelle sich die Frage, warum man nicht das Ministerium verklage, dass diese Genehmigung ausgesprochen habe. Die Gemeinde sei nicht die Prüfbehörde des Regionalverbandes, sondern das Innenministerium mit seiner Kommunalaufsicht. Auch dort hätte es eine Klagemöglichkeit gegeben.

Herr Manfred Schmidt verweist auf den in der letzten Sitzung des Gemeinderates klar gefassten Beschluss, wonach ein Widerspruchsverfahren geführt werde. Je

nach dem, wie dieses Verfahren ausgehen werde, solle eine Entscheidung getroffen werden, ob man eine Klage anstrebe oder nicht. Warum sollten jetzt Mittel eingestellt werden, wenn diese unter Umständen nicht benötigt würden. Die Einstellung der Mittel könnte auch über einen Nachtragshaushalt erfolgen.

Herr Hill denkt, er habe in seiner Haushaltsrede verdeutlicht, dass an der Situation der Gemeinde etwas geändert werden müsse. Dies sei nur möglich, wenn über bestimmte Positionen diskutiert und unter Umständen eine Überprüfung erfolgen würde. Dadurch könnte ein politischer Ball ins Rollen gebracht werden, welcher notwendig sei, damit Bund und Land die Gemeinden in einer ausreichenden Art und Weise finanzieren.

Herr Zimmer teilt mit, der KW-Vermerk an der Stelle, die der stellvertretende Bauhofleiter zuvor besetzt hatte, solle entfernt werden. Die SPD-Fraktion sei nicht der Meinung, dass der Bauhof gut aufgestellt sei und auf eine Stelle in diesem Bereich verzichten könne. Über eine Wiederbesetzung der freien Stelle sollte in den zuständigen Ausschüssen zu einem späteren Zeitpunkt beraten werden. Grundsätzlich wolle man keinen KW-Vermerk an dieser Stelle.

Herr Manfred Schmidt äußert, die CDU-Fraktion könne eventuell noch mitgehen und sagen, man entferne den KW-Vermerk, werde aber die Stelle derzeit nicht besetzen. Dies sei ein Vorschlag zur Güte.

Herr Hill merkt an, wer die Presse in den vergangenen Tagen verfolgt habe, konnte feststellen, dass seitens der Gewerkschaften reklamiert worden sei, dass die Verwaltungen unterpersonalisiert seien. Zur Verwaltung zähle er auch den Bauhof. Wenn es darum gehe, eine Stelle zu streichen, müsse er sagen, dass die Linke dies in der Form nicht mittragen und daher den Antrag der SPD-Fraktion unterstützen werde.

Herr Flätgen teilt mit, aus Sicht der Verwaltung sei die Stelle nicht notwendig, was auch schriftlich dargelegt worden sei. Eine Einstellung als Fliesenleger sei nicht möglich, da eine Bezahlung als Fliesenleger nicht erfolgen könne. Der Bauhof sei in den vergangenen Jahren mit jungen Mitarbeitern stark nachpersonalisiert worden. Seitens der Verwaltung werde keine Veranlassung gesehen, den KW-Vermerk zu streichen.

Herr Zimmer spricht sich für die Vorgehensweise aus, den KW-Vermerk zu löschen, wobei die Stelle keiner zwanghaften Wiederbesetzung bedürfe. Bei Bedarf sollte im Ausschuss erneut beraten werden.

Des Weiteren stellt Herr Zimmer im Namen der SPD den Antrag auf Entschädigung des stellvertretenden Jugendwartes bei der Freiwilligen Feuerwehr. Er bezieht sich auf das Gesamtkonzept zur Vergütung der Feuerwehrangehörigen und der Wehr- und Löschbezirksführer. Man habe sich in den Haushaltsberatungen hierüber unterhalten, habe jedoch beim Punkt „Jugendabteilung“ keine Einstimmigkeit erzielen können. Die SPD-Fraktion sei jedoch der Meinung, bei Betrachtung des Gesamtpaketes, dass in anderen Bereichen Vertreter eine Vergütung erhalten würden. Da die Jugend die Zukunft der Feuerwehr sei, würden Leute benötigt, welche hoch engagiert seien. Daher werde beantragt, auch den stellvertretenden Jugendwarten die Hälfte des Salärs

des Jugendwartes zu zahlen, um dem Amt des Jugendwartes und seines Stellvertreters gerecht zu werden.

Der Vorsitzende führt aus, die entsprechende Aufwandsentschädigungssatzung sei insbesondere aus Gerechtigkeitsgründen aufgestellt worden. Er sehe dies als Herausgreifen einer Position. Bei anderen Fachbereichen erhalte der Stellvertreter auch keine Entschädigung. Darum bitte er, weil dies auch so mit der Feuerwehr abgestimmt sei, es beim derzeitigen Stand zu belassen.

Herr Manfred Schmidt teilt mit, dass es nicht an den geplanten 180 € liege, aber wenn man sich die Fachbereiche ansehe, gebe es keine Vergütung für Stellvertreter. Dies sei nicht vorgesehen. Dies sei nur vorgesehen bei der Wehrführung selbst. Diese Liste, die die Verwaltung vorgelegt habe, sei mit der Wehrführung abgestimmt. Er möchte wissen, ob der Vorschlag der SPD-Fraktion ebenfalls mit der Wehrführung abgestimmt sei. Sollte dies nicht der Fall sein, werde die CDU-Fraktion hier auch nicht zustimmen.

Herr Hill teilt mit, im Grunde sei dies gesagt worden, was er habe nachfragen wollen. Hätte er Gelegenheit gehabt, mit der Wehrführung über diesen Punkt zu sprechen und sich eine Meinung zu bilden, hätte er hierzu etwas sagen können. In dem Fall werde er sich enthalten und bei der Wehrführung nachrecherchieren, wie sie zu dieser Situation stehe.

Herr Zimmer teilt mit, die Zeit, zur Abklärung mit der Wehrführung, habe gefehlt. Er mache jedoch darauf aufmerksam, dass etliche Bestandteile des Plans nach der Satzung oder der Vergütungsordnung nicht existent seien.

Der Vorsitzende verdeutlicht, dass eine Ungerechtigkeit darin bestehen würde einen stellvertretenden Fachbereichsleiter herauszugreifen und somit eine Sonderstellung zu deklarieren. Dies sei den anderen Fachbereichen gegenüber nicht gerechtfertigt.

Es folgt eine Abstimmung über den 1. Block des Finanzhaushaltes 2017/2018 Maßnahme 20103 Sportplatz Holz als Wohngebiet und Ausgleichsmaßnahme 20101 Grundstücke.

Beschluss mit 26 Ja-Stimmen (3 FDP/9 SPD/1 Linke/1 NÖL/12 CDU) bei 3 Stimmenthaltungen (UBH):

„Der Gemeinderat beschließt die Einarbeitung der Maßnahme 20103 „Sportplatz Holz als Wohngebiet“ durch Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in 2017 über 200.000 € mit Auszahlung in 2018. Als Ausgleichsmöglichkeit wird die Maßnahme 20101 „Grundstücke“ bezüglich des Baugrundstückes Blumenstraße Holz der Ansatz in Höhe von 110.000 € um 1 Jahr von 2017 nach 2018 verschoben. Der Verkaufserlös für die Veräußerung des Grundstückes auf „Jungs Wies“ in Höhe von 104.000 € wird in 2017 veranschlagt.“

Es folgt die Abstimmung über die Anträge der CDU und SPD vom 24.04.2017 bezüglich des Finanzhaushaltes.

Beschluss mit 23 Ja-Stimmen (12 CDU/1 NÖL/1 Linke/ 9 SPD) und 3 Nein-Stimmen (UBH) bei 3 Stimmenthaltungen (FDP):

Der Gemeinderat beschließt, für die Anschaffung von: Tablets für die Heusweiler Grundschulen in Höhe von je 25.000 € in 2018 und 2019, Mitfahrerbanken in den Ortsteilen in Höhe von 5.000 € sowie Garderobenbanken für die Umkleieräume Großwaldhalle in Höhe von 3.500 € als Ausgaben in den Finanzhaushalt 2018 einzuarbeiten.

Es folgt die Abstimmung en block über die Anträge der CDU und SPD Nr. 1-5 für den Ergebnishaushalt:

Beschluss mit 22 Ja-Stimmen (12 CDU/1 Linke/9 SPD) und 4 Nein-Stimmen (3 FDP/1 NÖL) bei 3 Stimmenthaltungen (3 UBH):

Der Gemeinderat beschließt nachfolgend aufgeführte Änderungen für den Ergebnishaushalt 2017/2018:

1. Ortsratsbudget (Erhöhung des Pauschbetrages um 100 € und Erhöhung des Kopfbetrages um 0,05 € je Einwohner/in)
2. Erhöhung der Monatspauschale für Gemeinderatsmitglieder um mtl. 10 €
3. Aufwandsentschädigung für Prüfer des Jahresabschlusses in Höhe von 75 € pro Kopf und Jahr (bei Vorlage Prüfbericht)
4. Sitzungsgelder für Projektgruppenmitglieder (15 € pro Sitzung)
5. Musikalische Frühförderung in den Grundschulen (Zuschuss an den Verein „Aktion Kultur Heusweiler“ von je 2.000 € in 2017 und 2018)

Weiterhin lässt der Vorsitzende über die Anträge von CDU und SPD Nr. 6-7 en block abstimmen:

Beschluss mit 25 Ja-Stimmen (9 SPD/3 FDP/1 Linke/12 CDU) bei 4 Stimmenthaltungen (1 NÖL/ 3 UBH):

„Der Gemeinderat beschließt nachfolgend aufgeführte Änderungen für den Ergebnishaushalt 2017/2018:

6. Herbstmarkt Heusweiler (Erhöhung um 1.000 € auf 14.000 €)
7. Schließsystem (Mittel bereits im Entwurf berücksichtigt).“

Es folgt eine Abstimmung über die Änderungsvorschläge der Verwaltung:

Beschluss mit 26 Ja-Stimmen (12 CDU/1 NÖL/1 Linke/3 FDP/9 SPD) und bei 3 Stimmenthaltungen (3 UBH):

„Der Gemeinderat beschließt nachfolgend aufgeführte Änderungen:

- Erhöhung der Aufwandsentschädigung Feuerwehren (insgesamt bisher 13.260 €, neu 20.280 €)
- Verringerung Gewerbesteuerumlagesätze ab 2020 (Nachtrag zum Haushaltserlass 2017 vom 05.04.2017).“

Der Vorsitzende lässt über die Einzelanträge der SPD-Fraktion abstimmen:

Beschluss mit 9 Ja-Stimmen (9 SPD) und 20 Nein-Stimmen (12 CDU/1 NÖL/1 Linke/3 UBH/3 FDP):

„Der Gemeinderat beschließt, die Streichung der 5.000 € die für den 50. Geburtstag des Bürgermeisters.“

Somit ist der SPD-Antrag abgelehnt.

Es folgt eine Abstimmung über die Einstellung von 50.000 € für eine eventuell zu führende Klage gegen den Regionalverband.

Beschluss mit 9 Nein-Stimmen (9 SPD) bei 19 Enthaltungen (2 FDP/3 UBH/1 Linke/1 NÖL/12 CDU):

Der Gemeinderat beschließt 50.000 € für eine eventuell zu führende Klage gegen den Regionalverband in den Haushalt einzustellen.

Somit ist der SPD-Antrag abgelehnt.

(Frau Feld war während der Abstimmung abwesend.)

Es folgt eine Abstimmung, über die Streichung des KW-Vermerks bei der vorherigen Stelle des stellvertretenden Bauhofleiters, ohne sofortige Wiederbesetzung:

Beschluss mit 22 Ja-Stimmen (9 SPD/12 CDU/1 Linke) und 3 Nein-Stimmen (3 FDP) bei 4 Stimmenthaltungen (3 UBH/1 NÖL):

„Der Gemeinderat beschließt bei der vorherigen Stelle des stellvertretenden Bauhofleiters den KW-Vermerk zu entfernen, ohne sofortige Wiederbesetzung.“

Es folgt eine Abstimmung über die Entschädigung für den stellvertretenden Jugendwart der Freiwilligen Feuerwehr:

Beschluss mit 9 Ja-Stimmen (9 SPD) und 15 Nein-Stimmen (11 CDU/3 FDP/1 UBH) bei 5 Stimmenthaltungen (1 CDU/2 UBH/1 Linke/1 NÖL):

„Der Gemeinderat beschließt, für stellvertretende Jugendwarte der Freiwilligen Feuerwehr eine Entschädigung zu zahlen.“

Somit ist der SPD-Antrag abgelehnt.

Es folgt eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag der BV/0133/16 „Doppelhaushalt 2017/2018:

Beschluss mit 22 Ja-Stimmen (12 CDU/1 Linke/9 SPD) und 7 Nein-Stimmen (3 FDP/1 NÖL/3 UBH):

„Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung für die Jahre 2017 und 2018 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich vorgenommen und beschlossenen Änderungen.“

zu 4 Grundstücksangelegenheiten

zu 4.1 Änderung des Bebauungsplanes aufgrund der Anpassung des Baufensters in der Straße Jung's Wies im Ortsteil Heusweiler Vorlage: BV/0023/17

Der Vorsitzende gibt Ausführungen zum Sachverhalt und verweist auf den einstimmigen Beschluss des Ortsrates Heusweiler und die einstimmige Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses.

Herr Schwindling hält fest, dass man weiterhin im öffentlichen Teil der Sitzung sei, so dass nicht über den Verkauf, sondern rein über die Erweiterung des Baufensters abgestimmt werden sollte, unabhängig der Bewerber für dieses Grundstück. Seitens der CDU-Fraktion werde die Erweiterung des Baufensters kritisch gesehen, jedoch auch die Notwendigkeit für diese Maßnahme. Kritisch dahingehend, dass es sich um eine vollkommene Ausschöpfung baulicher Art des Grundstückes handele. Da es ein Grundstück an einer Hauptstraße bzw. Bundesstraße sei, müsse man im Prinzip in Kauf nehmen, dass die Bebauung im Endeffekt recht eng sein werde. Ebenfalls kritisch gesehen, werde auch der Wegfall des Parkplatzes, der größtenteils von Mitarbeitern der Sparkasse genutzt werde. Da dieser nicht ausreichend sei, würde vermehrt in den Anliegerstraßen, insbesondere der Friedrichstraße geparkt. Bei einer Veräußerung des Grundstückes werde die Verwaltung gebeten, dahingehend ein Gespräch mit der Sparkasse zu führen, so dass die Mitarbeiter angehalten werden nicht mehr in den Wohnstraßen und der engen Friedrichstraße zu parken.

Herr Dr. Reimann vertritt die Ansicht über eine Bebauung des Grundstückes oder eine Nutzung als Parkplatz könne man sich streiten. Vielleicht habe der Gemeinderat vor einigen Jahren einen Fehler gemacht, als er sich für die Veräußerung und Wohnbebauung des Grundstückes entschieden habe. Ein Parkplatz hätte in diesem Bereich eine Entlastung gebracht. Aus städtebaulicher Sicht sei beides möglich gewesen. Man habe sich für eine Veräußerung des Grundstückes entschieden und dies bereits in den Haushalt eingeplant. Was er in den letzten Jahren im Gemeinderat noch nicht erlebt habe sei, dass ein Bebauungsplan geändert werde, ohne dass ein Interessent das Grundstück erworben habe. Dies kenne man in der Form nicht. Das derzeitige Baufenster werde ebenfalls als wenig lukrativ angesehen und sei wahrscheinlich der Grund, warum das Grundstück bis dato nicht verkauft worden sei. Die SPD möchte hier den Änderungsantrag stellen, dass wenn der Bebauungsplan rechtskräftig geändert sei, das Grundstück erneut zum Verkauf angeboten und an den Meistbietenden veräußert werden sollte.

Der Vorsitzende fragt, wie der Änderungsantrag laute, da zuerst die Bebauungsplanänderung durchgeführt werden solle.

Herr Dr. Reimann ergänzt, dass danach das Grundstück ausgeschrieben und an den Meistbietenden veräußert werden sollte. Die SPD wolle keinen Automatismus, dass der Antragsteller, der jetzt einen anderen Bebauungsplan möchte, automatisch das Grundstück erhalte. Hier sollte auch anderen Interessenten die Möglichkeit gegeben werde, das Grundstück meistbietend zu

erwerben.

Der Vorsitzende merkt an, dass in der heutigen Sitzung nicht über den Verkauf des Grundstückes entschieden werde, sondern lediglich über die Bebauungsplanänderung.

Herr Dr. Reimann verdeutlicht, die SPD-Fraktion wolle eine öffentliche Ausschreibung des Grundstückes.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass man Gefahr laufe, das Grundstück nicht zu veräußern.

Herr Schwindling vertritt ebenfalls die Auffassung, dass in der heutigen Sitzung über die Bebauungsplanänderung abgestimmt werden solle. Alles Weitere sollte in den entsprechenden Gremien diskutiert werden.

Herr Hill kann die Argumentation nicht nachvollziehen. Erst einmal gehe es um ein Unternehmen, das ortsansässig sei und man ansässig halten wolle. Man bemühe sich an jeder Stelle Möglichkeiten für Gewerbe zu schaffen. Hier sollte dies jetzt nicht funktionieren, wofür ihm das Verständnis fehle. Es sei toll, dass dieses Gewerbe nicht in eine andere Region abgewandert sei und im Raum Heusweiler verbleiben möchte. Zur Parksituation der Sparkassen-Angestellten möchte er sagen, dass die Sparkasse seinerzeit die Möglichkeit hatte, dieses Grundstück zu erwerben um Parkraum zu schaffen. Er spricht sich dafür aus, ohne weitere Änderung diesen Punkt in der heutigen Sitzung zu verabschieden. Alles Weitere könne im Ausschuss diskutiert werden. Er denke, es stehe der Gemeinde gut zu Gesicht, Unternehmen die in Heusweiler ansässig bleiben wollen, entsprechend zu hofieren.

Der Vorsitzende merkt an, ihm fehle die Argumentation zum Änderungsantrag. Der Gemeinderat habe mit Beschluss vom 23.02.2010 die Kaufpreissumme auf 156.948 € festgelegt, die seinem Wissen nach auch geboten worden sei. Um das Grundstück meistbietend veräußern zu können, müsste dieser Gemeinderatsbeschluss erst aufgehoben werden. Die Nachfrage der letzten Jahre habe jedoch gezeigt, dass eine Veräußerung nicht leicht werde.

Herr Sauer spricht die Parkplatzsituation an und bittet die Verwaltung gemeinsam mit der Sparkasse eine entsprechende Lösung zu finden. Generell sollte im Bereich Dilsburg mehr öffentlicher Parkraum geschaffen werden.

Der Vorsitzende hält dies für eine lautere Forderung, verweist jedoch auf die Gegebenheit vor Ort. Wer eine Idee zur Schaffung von Parkflächen habe, solle diese gerne äußern.

Herr Sauer teilt mit, dass diese Thematik auch im Ortsrat Heusweiler diskutiert und der Vorschlag eingebracht worden sei, die brachliegende Fläche unterhalb der Gaststätte „Zum alten Fritz“ als öffentlichen Parkraum zu nutzen. Da sich das Grundstück in Privatbesitz befinde, sollten Verhandlungen mit dem Eigentümer aufgenommen werden.

Der Vorsitzende informiert, dass ein Angebot eines Anwohners vorliege, eine

nicht ganz so große Fläche eventuell als Parkfläche zur Verfügung zu stellen. Man werde hier den Kontakt zur Sparkasse herstellen.

Herr Dr. Reimann möchte wissen, wer die Bebauungsplanänderung durchführe und welche Kosten auf die Gemeinde zukämen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Verwaltung die Bebauungsplanänderung selbst durchführen werde. Ein Antragsteller hätte eine Pauschale in Höhe von 3.000 € an die Gemeinde zu entrichten. Er gibt jedoch zu bedenken, dass unter den derzeitigen Bedingungen kein Kaufinteressent vorhanden sei.

Herr Dr. Reimann teilt mit, die SPD-Fraktion werde zustimmen. Bezüglich der Kosten für die Bebauungsplanänderung solle mit dem Kaufinteressenten nachverhandelt werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über die Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses abstimmen.

Einstimmiger Beschluss bei 2 Enthaltungen (1 CDU, 1 NÖL):

„Der Gemeinderat beschließt die Anpassung des Baufensters im Bereich des Flurstücks 278 in der Straße Jungs Wies als Möglichkeit zur besseren Vermarktung entsprechend den Entwürfen der Firma JM Bauunternehmung. Ein entsprechender Entwurf der Bebauungsplanänderung soll von der Verwaltung erarbeitet werden.“

zu 4.2 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes "Verlängerte Sprenger Straße"

Vorlage: BV/0008/17

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt und verweist auf den einstimmigen Beschluss des Ortsrates Niedersalbach sowie die einstimmige Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses abstimmen.

Einstimmiger Beschluss bei 1 Enthaltung (NÖL):

Dem Antrag des Grundstückseigentümers auf Änderung des Bebauungsplanes „Verlängerte Sprenger Straße“ im Bereich des Grundstücks Sprenger Straße wird bei Kostenübernahme der Verwaltungsgebühr und der gesamten Planungskosten (Bebauungsplan, Gutachten, usw.) stattgegeben.

zu 5 Sanierung der Niederspannungsleitungen in gemeindeeigenen Hallen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes

Vorlage: BV/0024/17

Der Vorsitzende erläutert kurz den Sachverhalt und verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses.

Auf eine entsprechende Frage von Herrn Flöhl, antwortet der Vorsitzende, das Dorfgemeinschaftshaus sei nicht enthalten, da die Anlagen definitiv nicht so alt seien, wie die der hier aufgeführten Hallen.

Herr Zimmer möchte im Protokoll vermerkt haben, dass mit den Ausschreibungen erst begonnen werden solle, wenn dies im Ausschuss entsprechend vorberaten worden sei. Die SPD-Fraktion hätte gerne gewusst, wohin dies führen solle, da gerade Elektroarbeiten mit vielen Nebenarbeiten verbunden seien.

Der Vorsitzende schlägt hierzu vor, den Inhalt der Begutachtung im nächsten bzw. übernächsten Bau- und Verkehrsausschuss vorzustellen.

Herr Flätgen merkt an, dass in der heutigen Sitzung ein Beschluss des Gemeinderates benötigt werde, um den Fördermittelantrag stellen zu können.

Herr Dr. Reimann teilt mit, die SPD bitte zum Thema „Schulen“ im Hinblick auf den Brandschutz und die Evakuierung etwas zu unternehmen, da man bei einigen Tests durchgefallen sei.

Herr Flägen informiert, dass es diesbezüglich keine Förderung geben werde. Bei den Schulen rede man von Kosten in Höhe von ca. 1 Mio. €. Natürlich wisse man, dass hier die Sachlage nicht im besten Zustand sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über die Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses abstimmen:

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, einen Fördermittelantrag beim Ministerium für Inneres und Sport zu stellen und stimmt der Sanierung der Niederspannungsanlagen in gemeindeeigenen Hallen (Bürgerhaus Niedersalbach, Großwaldhalle Eiweiler, Kulturhalle Wahlschied und Glück-Auf-Halle Holz) im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes zu.“

**zu 6 Neuwahl der/des Schiedsfrau/mann für den Schiedsbezirk Kutzhof
Vorlage: BV/0018/17**

Der Vorsitzende teilt mit, dass Herr Lauer sein Amt als Schiedsman für den Bereich Kutzhof aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt habe. Die Amtszeit betrage 5 Jahre. Als einziger Interessent habe sich Herr Hans-Georg Müller aus Kutzhof beworben. Er verweist auf den einstimmigen Beschluss des Orsrates Kutzhof.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt er über den Beschluss des Orsrates Kutzhof abstimmen:

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat wählt Herrn Hans Georg Müller, wohnhaft in 66265 Heusweiler, Burgstraße 46, zum Schiedsman für den Schiedsbezirk Kutzhof.“

zu 7 **Mitteilungen und Verschiedenes**

zu 7.1 **Programm des Filmtheaters in Heusweiler**

Der Vorsitzende informiert, dass vom 02.05.2017 bis 07.05.2017 im Filmtheater in Heusweiler, bei Familie Schönhofen, an sechs aufeinanderfolgenden Tagen Filme in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium gezeigt würden. Es handele sich um eine Kooperation des Sozialministeriums, der Saarlandmedien, des Regionalverbandes. Carpediem (Filmproduktionsgesellschaft von Frau Barbara Wackernagel-Jacobs) als auch der Gemeinde Heusweiler. Hierbei gehe es um das Thema „Fit und beschäftigt sein im Alter“. Er lade alle Anwesenden herzlich ein, an diesen Vorführungen teilzunehmen. Der Eintritt sei frei.

zu 7.2 **SR vor Ort**

Der Vorsitzende teilt mit, dass am 12. Mai 2017 die Veranstaltung „SR vor Ort“ stattfinden werde. Er hoffe, dass diesmal das Wetter mitspiele sowie auf eine rege Teilnahme an der Veranstaltung. Die Ortsvorsteher seien, seinem Wissen nach, angeschrieben worden, gemeinsam mit dem Vorsitzenden am Spielquiz teilzunehmen. Auch hier sei eine zahlreiche Teilnahme der Ratsmitglieder erwünscht. Es werde eine Live-Übertragung erfolgen. Des Weiteren sei für die Abendstunden kostenneutral eine rockige Band engagiert worden.

zu 7.3 **Gemeinderatssitzung im Historischen Museum Saarbrücken**

Der Vorsitzende gibt bekannt, der Direktor des historischen Museums Saar, Herr Simon Matzerath, habe sich bei ihm vorgestellt und eine herzliche Einladung ausgesprochen, eine Gemeinderatssitzung im historischen Museum durchzuführen. Im Vorfeld oder Anschluss an die Sitzung solle eine Führung durch das Museum erfolgen. Er selbst halte dies für eine gute Idee und hätte diesbezügliche gerne eine Rückmeldung der Ratsmitglieder. Bei Interesse müssten Fahrgemeinschaften nach Saarbrücken gebildet werden. Er würde vorschlagen, je nach Tagesordnungsumfang, dies am 18. Mai 2017 oder am 29. Juni 2017 durchzuführen. Da seitens der Ratsmitglieder keine Einwände zu dieser Vorgehensweise bestehen, werde er versuchen einen Termin abzustimmen.

zu 7.4 **Aktion "Stadtradeln"**

Der Vorsitzende informiert weiterhin, dass die Gemeinde Heusweiler bei der Aktion „Stadtradeln“ angemeldet sei. Die Anmeldung erfolge über den Regionalverband, so dass die Teilnahmegebühr, welche doch recht hoch sei, vom Ministerium übernommen werde. Vom Regionalverband würden nur die Stadt Saarbrücken und die Gemeinde Heusweiler teilnehmen. Der Zeitraum sei auf den 18.05.2017 bis 07.06.2017 festgelegt. In diesen drei Wochen könnten die geradelten Kilometer pauschal angemeldet werden. Wichtig sei, dass man sich registrieren lasse. Es gebe ein offenes Team, bei dem sich einzelne Radfahrer anschließen könnten. Gezählt werde jeder Kilometer der per Rad zurückgelegt werde. Kontrollen würden nicht durchgeführt. Es werde vielmehr von einer fairen und ordentlichen Handhabung ausgegangen. Natürlich würde er es spannend finden, wenn ein Radfahrteam der Verwaltung aufgestellt werden könnte. Er selbst werde an der Aktion teilnehmen. Alle, die sich anschließen wollten, könnten sich

bei Frau Vogt-Hürstel anmelden. Diese habe sich als Ansprechpartnerin für die gesamte Aktion zur Verfügung gestellt. Ebenso könnten Anmeldungen bei Frau Di Napoli erfolgen. Am 18.05.2017 finde eine Eröffnungsveranstaltung in Saarbrücken statt. Eine Teilnahme hierbei wäre schön gewesen, jedoch sei zeitgleich eine Sitzung des Gemeinderates Heusweiler terminiert. Es werde versucht zu einem anderen Termin eine kleinere Veranstaltung durchzuführen, eventuell eine Rundfahrt mit Pressebegleitung. Der Termin hierzu werde frühzeitig bekannt geben. Über eine rege Teilnahme würde er sich sehr freuen. Auf der Homepage könne man sich über den genauen Ablauf informieren.

zu 7.5 Baumaßnahme Regenüberlaufbecken Eiweiler

Herr Hill teilt mit, dass die Baumaßnahme zum Regenüberlaufbecken am Ortseingang Eiweiler begonnen habe. Die Baumaßnahmen hätten zu einem Verkehrsrückstau bis Ortsmitte Heusweiler geführt. Das anfängliche Problem habe darin bestanden, dass bei der Herstellung der Einfahrt zum Becken, die Straße mit Barken abgesperrt worden sei. Diese Absperrung habe auch nach Betriebsende weiterhin bestanden, was während des Berufsverkehrs zu starken Einschränkungen geführt habe. Er bittet die Verwaltung um Überprüfung, ob hier eine Änderung herbeigeführt werden könne, da es auch zu einer Belastung der Anlieger führe. Er sei mit dem Ortsvorsteher von Eiweiler, Herrn Wachall, vor Ort gewesen, welcher auch Kontakt mit der Ortschaftspolizeibehörde aufgenommen habe. Des Weiteren spricht er die Kanalsituation an der Mühle 1 und der Mühle an und bezieht sich auf den Kanal, der von den beiden Häusern über das Gelände bis zum Anschluss an den Hauptsammler geführt werde. Hier hätte er gerne gewusst, wem der Kanal gehöre und wann dieser zum letzten Mal gewartet worden sei, da er auf diese Frage bis heute keine Antwort erhalten habe.

Herr Karges antwortet, er könne nur soviel dazu sagen, dass vergangene Woche ein Ortstermin stattgefunden habe, an dem Vertreter vom EVS und Herr Becker von der GWH teilgenommen hätten. Er könne gerne am kommenden Vormittag das Ergebnis hierzu mitteilen.

Der Vorsitzende merkt zur Stausituation an, dass diese durch die Ampelregelung zu Stande gekommen sei. Die Ampelregelung habe nur während der Teerarbeiten der Einfahrt bestanden.

Herrn Hill geht es vielmehr darum, dass wenn die Arbeiten auf der Baustelle eingestellt und die Arbeitsgeräte entfernt seien, die Absperrung durch Barken entfernt werden sollte, um einen ungehinderten Verkehrsfluss zu ermöglichen.

zu 7.6 Ausfall des Wochenmarktes

Herr Michaelis begrüßt die Veranstaltung des SR am 12.05.2017 auf dem Marktplatz. Was er nicht begrüße sei die Verfahrensweise hierzu. Am gestrigen Tag habe man der Wochenpost entnehmen können, dass am 11.05.2017 kein Wochenmarkt stattfinden werde. Diesbezüglich sei mit keinem der Händler im Vorfeld gesprochen worden. Es sollte sich jeder bewusst machen, dass die Händler von ihrem Gewerbe leben. Ein Tag Ausfall bedeute einen Tag keinen Umsatz. Es hätte mit Sicherheit eine Möglichkeit gegeben, den Aufbau für die Veranstaltung donnerstags erst ab 12:00 Uhr durchzuführen. Er bittet die Verwaltung, künftig

eine bessere Abstimmung durchzuführen.

Herr Thinner ergänzt, dass man vor der letzten Veranstaltung, die aufgrund des schlechten Wetters entfallen musste, vor dem gleichen Problem gestanden habe. Seinerzeit sei die Möglichkeit angeboten worden, auf den Platz „Am Wittum“ auszuweichen. Ein einzelner Obsthändler habe diese Möglichkeit wahrgenommen. Am vergangenen Donnerstag seien die Markthändler entsprechend informiert worden. Seitens der Verwaltung habe man keine Rückmeldung erhalten.

Herr Michaelis teilt mit, seitens der Markthändler sei ihm mitgeteilt worden, dass keine Information erfolgt sei.

zu 7.7 Spielplätze in der Gemeinde

Frau Trappmann nimmt Bezug auf die Spielplätze der Gemeinde und teilt mit, dass sie sich in der letzten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschuss dezidiert zu den Mängeln der Spielplätze in Kutzhof, Lummerschied und Numborn geäußert habe und erfreut sei über die Feststellung, dass in der Kürze der Zeit vieles umgesetzt werden konnte. In Lummerschied habe sich eine Baumplantage wieder in einen Sandkasten verwandelt und das Gelände sei gemäht worden. In Kutzhof sei der Spielsand ausgetauscht und die Brennesseln unter den Bänken entfernt worden. Es sehe jetzt wieder gut aus. Gewisse Arbeiten seien jedoch noch auszuführen. Sie habe den Wunsch, dass die Kutzhofer Kinder, die bereits seit zwei Jahren auf ihr Großgerät warten würden, dies nicht länger tun müssten. Ansonsten hätte der Bauhof in der Kürze der Zeit sehr gut gearbeitet.

Der Vorsitzende teilt mit, die Herrichtung der Spielplätze in Kutzhof, Lummerschied und Numborn hätten derzeit oberste Priorität.

Herr Zimmer nimmt Bezug auf den Spielplatz in Kutzhof. Hier stehe seit längerem die Aussage im Raum, dass das neue Spielgerät für Kutzhof bereits auf dem Bauhof angekommen sei. Die Frage, ob der Bauernverein von Numborn einen neuen Turm gebaut habe, konnte noch nicht geklärt werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass das Spielgerät des Bauernvereins aufgestellt sei.

Frau Thewes teilt mit, dass das Gerät aufgestellt sei. Dieses Thema sei auch im Ortsrat Kutzhof im letzten Herbst als Anhörung beraten worden. Es handele sich um eine Wippe, die auch mit dem Ortsvorsteher im Vorfeld abgestimmt worden sei. Dies betreffe den Spielplatz in Kutzhof an der Kirche. Diese Mitteilung habe sie von Herrn Klein erhalten.

Herr Zimmer hält fest, dass im Spielplatzkonzept für den Spielplatz Kutzhof ein Spielturm vorgesehen sei. Es sei mehrfach bestätigt worden, dass dieser Turm vorhanden sei. Hierbei gehe es nicht um die Wippe.

Der Vorsitzende sagt zu, dies klären zu lassen.

zu 7.8 Baumaßnahme in der Holzer Straße

Herr Flöhl spricht die Baumaßnahme in der Holzer Straße (Höhe Elektro Meyer)

an. Hier sei bereits am Morgen eine Ampelanlage aufgestellt, jedoch noch nicht in Betrieb genommen worden. Der Gehweg sei bereits mit Barken abgesperrt, obwohl noch keine Bautätigkeit stattfinde. Er vertrete die Auffassung, dass sollte die Baumaßnahme längere Zeit in Anspruch nehmen, der Gehweg mit Planken belegt werden sollte, um eine Begehungsmöglichkeit zu errichten und somit die Fahrbahn nicht zu blockieren. Er bittet um eine entsprechende Kontrolle.

zu 7.9 Regenrückhaltebecken in Berschweiler und Dilsburg

Ortsvorsteher Maas möchte von Frau Thewes in Bezug auf das Regenrückhaltebecken in Berschweiler wissen, ob die ausstehende Genehmigung mittlerweile eingegangen sei.

Diese antwortet, dass die Genehmigung leider immer noch nicht vorliege. Auf Nachfrage der Verwaltung sei mitgeteilt worden, dass am gestrigen Tag ein Ortstermin mit dem LUA stattgefunden habe. Aus welchen Gründen der Termin anberaumt worden sei, wurde der Verwaltung nicht mitgeteilt. Eine Teilnahme von Herrn Paulus an diesem Termin sei seitens des LUA nicht zugelassen worden. In der nächsten Woche solle die Verwaltung jedoch eine Rückmeldung des LUA erhalten.

Herr Maas merkt an, dass dies die Baumaßnahme weiter verzögere. Des Weiteren hätte er auch gerne den Stand bezüglich des Rückhaltebeckens in Dilsburg gewusst.

Frau Thewes teilt mit, dass Ende des letzten Jahres bzw. im Januar die Verwaltung die Anfrage wegen einer grundsätzlichen Förderzusage gestellt habe. Diese liege derzeit immer noch beim LUA und man habe bis dato keine Information hierzu erhalten. Hier werde seitens der Verwaltung in regelmäßigen Abständen nachgefragt.